

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werttages. Abonnementspreis mit Illustr. Wochentage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit v. 13. Juli bis 19. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 163

Dienstag, 15. Juli 1924

31. Jahrgang

Amerika.

S. Lübeck, 15. Juli.

Es ging hoch her in Frankreich während der letzten Wochen. Ein nationalistischer Rausch tobte, eine Stimmung etwa wie vor 18 Jahren in Deutschland während der Marokkoreise. Große Worte, bombastische Reden. Erfolg: eine ernste Gefährdung des Weltfriedens.

Und gestern mit einem Mal ein Umschwung! Man traut seinen Augen kaum, wenn man die plötzlich sanft gewordenen Stimmen der nationalistischen Sekzesse überfliegt. Frankreich müsse endgültig auf Sanktionen verzichten, schreibt in wilde „Liberte“, und sogar der ganz rechts stehende „Figaro“ schreibt, „man müsse sich mit der Tatsache abfinden, daß es unmöglich sei, ein großes Land zu zwingen, auf 35 Jahre hinaus schwere finanzielle Opfer auf sich zu nehmen, wenn man ihm nicht entsprechende Vorteile dafür biete, und deshalb habe es keinen Zweck, sich über die Nichtigkeit der These Macdonalds, daß zur Ausführung des Sachverständigenprogramms wie des Friedensvertrages der gute Wille Deutschlands unerlässlich sei, irgendwelchen Selbsttäuschungen hingeben zu wollen.

Solche Töne haben wir von dieser Seite noch nicht gehört. Was ist geschehen? — Was erklärt diesen gerade im gegenwärtigen Augenblick fast unverständlichen Umschwung?

Amerika hat gesprochen.

Was, das erfahren wir aus einer soeben eingegangenen Radiomeldung über Macdonalds Rede im Unterhaus. Danach hat der englische Ministerpräsident erklärt, die englische Regierung habe sich gleich nach der Konferenz von Chequers mit den maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen in Verbindung gesetzt und diese haben erklärt, eine Mitwirkung Amerikas an der Ausführung des Dawesplanes käme nur unter folgenden Bedingungen in Betracht:

1. Priorität für die Verzinsung und die Tilgung der 800 000 000 Mark Anleihe.
 2. Abschluß eines, den guten Willen Deutschlands sichernden Vertrages über die Durchführung des Sachverständigenplanes.
 3. Verpflichtung, daß die zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe bestimmten Beträge, von den Bestimmungen über die Ueberweisung deutscher Zahlungen ausgenommen sein sollen.
 4. Ausdrücklicher Verzicht auf jede isolierte Aktion aller beteiligten Länder und Teilnahme eines Vertreters.
- Hinc illae lacrimae! Daher die Sanftmut der französischen Presse!

Dieser eine Zwischenfall, dem noch manche anderen Uebertragungen folgen mögen, beleuchtet blühartig die ungeheure Machtstellung, die die Vereinigten Staaten seit dem Krieg und vor allem durch den Krieg gewonnen haben.

Vor 1914 war Amerika ein Schuldenland, ein Land, in dem die reichen Staaten Europas den Ueberfluß ihres Vermögens anlegten, zu hohen Zinsen — denn man traute der Solidität der dortigen Wirtschaft nicht recht. Jahr für Jahr flossen so gewaltige Zahlungen nach dem alten Europa zurück, die Wirtschaftsmacht unferer Erbtöchter neu befruchtend.

Der kriegerische Selbstmord der europäischen Völker hat dieses Verhältnis umgekehrt. Schon in den 2 ersten Kriegsjahren hatte Amerika seine Schulden zurückgezahlt. Und dann folgte die Zeit, wo Amerika durch seine ungeheure Ausfuhr und die Vorschüsse an die Alliierten zum Gläubigerland der Welt wurde.

Heute betragen die Forderungen Amerikas (private und Staatskredite zusammen) nach den Schätzungen hervorragender amerikanischer Sachverständiger 20 Milliarden Dollars, darunter 17 Milliarden an Europa. Das ist eine Summe, die ein

Vielfaches der deutschen Reparationsschuld darstellt, mag man diese auch nach den höchsten alliierten Forderungen ansehen.

Schon diese Tatsache allein erklärt die Abhängigkeit der europäischen Politik von der amerikanischen Wirtschaftsgewalt, nebstbei bemerkt ein klassisches Beispiel für die marxistische Lehre von dem Primat der Wirtschaft über die Politik.

Doch die Entwicklung geht weiter. Auch nach dem Kriege dauert die günstige Zahlungsbilanz Amerikas fortgesetzt weiter. Soeben sind die Zahlen der amerikanischen Handelsstatistik für 1923 veröffentlicht worden. Danach betrug der Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr 376 Millionen Dollar; von der Differenz wurde ein Teil für internationale Kapitalanlagen, für Auslandsreisen und internationale Mobilität angewandt. Der weitaus größte Teil, volle 294 Millionen Dollar flossen in barem Golde nach Amerika zurück.

Dieser ununterbrochene Goldstrom ist nun die eigentliche Sorge der amerikanischen Wirtschaft. Wie dem sagenhaften König Midas durch die Versuchung eines Gottes alles, was er anrührte, zu Gold wurde, so daß er schließlich im Golde verhungern mußte, so können auch die reichen Amerikaner ihres Goldschatzes nicht froh werden. Schon hat sich mehr als die Hälfte des gesamten Goldvorrates der Erde in den Kellern der amerikanischen Staatsbanken angehäuft, und liegt dort nutzlos, der Gefahr der Entwertung ausgesetzt.

Diese Gefahr beherzigt die Gedanken der amerikanischen Wirtschaftspolitik; und, nur wenn man das beachtet, läßt sich auch das Dawesgutachten voll verstehen.

Auf zwei Wegen kann der aufgeschichtete Goldhort Amerikas für das Land fruchtbar werden. Einmal, indem das Gold wieder die Grundlage der Währung aller Länder wird — fast sämtliche europäischen Länder, auch England, haben die Goldbindung ihrer Noten eingestellt — zum andern, indem der aufgeschichtete Wirtschaftsschatz Amerikas in Europa nachbringende Anlage findet. Wie die amerikanische Volkswirtschaft einst vom europäischen Kapital aufgebaut wurde, so soll der amerikanische Goldstrom jetzt die still stehenden Räder der kontinentalen Wirtschaft in Gang setzen.

Nach beiden Richtungen hin entsprechen die Räte der alten Wirtschaftsnötter dem Anlagebedürfnis der neuen Wirtschaftsmacht. Daher die allgemein günstige Aufnahme, die der unter amerikanischem Einfluß zustande gekommene Plan der Sachverständigen in ganz Europa gefunden hat.

Mit Deutschland soll danach der Anfang gemacht werden. Deutschland soll als erstes Land wieder eine effektive Goldwährung erhalten, auf dem Weg über den 800-Millionenkredit an Deutschland soll der deutschen Wirtschaft das dringend erforderliche Betriebskapital zugeführt werden, und durch den Verkauf deutscher Eisenbahnobligationen am amerikanischen Markt soll Frankreich, dessen Finanzschwierigkeiten kaum geringer sind als die unferen, sofort flüssiges Kapital für den Wiederaufbau erhalten.

Zur unabwieslichen Vorbedingung all dieser für die Siegerländer nicht weniger als für uns dringlichen Zahlungen macht die amerikanische Finanz eine Regelung der internationalen Beziehungen in Europa, die eine Wiederholung kriegerischer Abenteuer, wie es das Ruhrunternehmen war, unmöglich macht. Man sieht, das Kapital kann auch pazifistisch sein.

Diesem Machtanspruch der Weltkapitalmacht werden sich die Staatsmänner Europas fügen müssen, mögen sie sich auch noch so wild nationalistisch gebärden.

Man darf also annehmen, daß die Londoner Konferenz trotz allem noch zu einem Ergebnis kommen wird, das auch für Deutschland erträglich sein wird.

Es sei jedoch sicher, daß öffentliche Sitzungen nicht stattfinden und die Veröffentlichung über die Verhandlungen lediglich in offiziellen Berichten der einzelnen Delegationen geschehen werden. Auf die Frage, ob die Vorbereitungen der Konferenz auf der Basis einer offenen Diplomatie getroffen worden seien, antwortete Macdonald: „Sicherlich, aber nicht die offene Diplomatie nach Art des Papageiengezwäuses.“

Das Amnestiegesetz angenommen.

Paris, 15. Juli. (Radio.)

In einer Nachtstimmung, die erst gegen 2 Uhr morgens zu Ende war, hat die Kammer die Lösung des Amnestiegesetzes beendet. Die Annahme erfolgte mit 326 gegen 185 Stimmen. Zu einem letzten Votum wurde der ehemalige Kriegsminister Maginot vorgeschickt, der das ganze als eine Prämie für die Beamten zur Sabotage der staatlichen Verwaltung und als eine Ermunterung der antifröhen Propaganda bezeichnete.

Anzeigengebühr für die abgegebene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, abwärts 25 Goldpfennige, Veranlagungs, Anzeiger und Wohnungszulagen 15 Goldpfennige, Resten 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Das Höchstmaß an Sicherungen.

Von Wilhelm Sollmann.

Wir deutschen Sozialisten, zumal wir am Rhein, anerkennen unumwunden, daß die Regierung Herriot den letzten Schicksal sehr fühlbare Erleichterungen und einen erfreulichen Umschwung der Stimmung gebracht hat. Ebensoviele länger wir uns aber darüber, daß sowohl Herriot wie die französischen Sozialisten von Pfändern als Gewähr für die deutschen Zahlungen und von Sicherungen am Rhein gegen die bestmögliche Gefahr eines neuen deutschen Einfalles nicht Abstand nehmen werden. Der ausläufige französische Gelbdruck über „die Verhandlungen betreffend die Sicherheitsbürgschaften“ gegen „den deutschen Angriff“ läßt mühe sich und andere betrügen, wenn er erlangen sollte, daß bei den geistigen Nachwirkungen der deutschen Invasion, bei der unglücklichen Weltlage, bei den zahlreichen Ungehörigkeiten in Europa und — leider — auch bei der geistigen Verfallung der Völkern in Deutschland in absehbarer Zeit keine wie immer geartete Regierung Frankreichs auf Sicherungen am Rhein verzichten wird. Manchem sagt unter Preisgabe nationaler Würde jedoch aus jeder Seite dieses Gelbdruckes die furchtbare mögliche Angst vor einer deutschen Invasion, die dann die Finne mit dem Ende des 18. Jahrhunderts sein würde. „Schlichte Beweise“ gegen andere ehemaligen Vaterlandspatrioten, die betamlich als unglückliche Sieger kein Dörlein annehmt haben würden. Aber was heißt solche Scherze gegenüber der grenzenlosen Furcht Frankreichs, daß ein neuer Krieg sein Land und sein Volk geradezu vernichten könnte? Uns scheint, helfen und dürfen bitten alle Freunde der Verständigung daran zu arbeiten, daß sich die kraftlos geprügte Kriegsfurcht Frankreichs allmählich ebenso als Illusion erweist, wie der Kriegstraum unferer Väter und Großväter für jeden vernünftigen Menschen in Deutschland.

Die Politik Poincares in Frankreich und der monotonen Erfüllungswille in Deutschland, ergänzt durch allereinstimmigen haben die Franzosen ganz vergessen lassen, wie ausnehmend die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages im Sommer 1919 selbst führenden Mitgliedern des Nationalen Reiches erschienen sind. Die 5- bis 15-jährige Befehls der Rheingebiete, die dauernde Entmilitarisierung dieses breiten Grenzgebietes, die darüber hinaus auf dem rechten Rheinufer vorgesehene neutrale Zone von 50 Kilometern Breite: und die Verpflichtung eines jeden zeitigen Völkerbundsmitgliedern damals sogar Herrn Huber Tardieu eine so weitgehende Sicherung zu sein, daß er in seiner großen Kammerrede vom 2. September 1919 zur Verteidigung des Versailler Vertrages die überaus wichtigen Kräfte an diesen Bestimmungen geradezu zerschmetternd abfertigte. Er verteidigte sich zu dem Ausrufe, „daß gegen die Gefahren der Vertrag für Frankreich das Höchstmaß an Sicherheiten geschaffen ist, die es jemals genossen hat.“ (Sehr richtig! Sehr richtig!) Er wußte, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die ihm nicht gestattet, die allgemeine Mobilisierung vorzubereiten die die Bedingung für den modernen Krieg ist. Er wußte und bestätigte es genau, daß Deutschland unter dem Vertrage weder eine militärische noch eine industrielle Rüstung entwickeln kann, ohne daß Frankreich dies bemerkt. Er kam zu dem glatten und richtigen Schluß: „Deutschland ist nicht zu fürchten, weil es keine Kräfte führen kann.“ So Andre Tardieu vor fünf Jahren, und seitdem hat sich, militärisch gesehen, nichts zugunsten Deutschlands geändert.

Kann man also uns Deutschen zum Ansehen Sicherungen hinzunehmen — es ist ja leider immer nur von solchen für Frankreich die Rede —, die noch über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehen, etwa eine dauernde militärische Besetzung der rheinischen Uferlande? Wir sagen: nein, so wie wir bereit sind, die ganz eheliche und gemüßigte Durchführung der Sicherheitsartikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages mit Frankreich zu überlegen. Wir dürfen von weiteren politischen Forderungen in Frankreich daselbe Mißtrauen gegen ihre Militärs erwarten, das wir gegen alle militärischen „Bautentwürfen“ in unferen Lande empfinden. Das französische Gelbdruck zeigt von mancher politischen Bemühung in Frankreich, England und Amerika, auch für Deutschland erträgliche Sicherungsgarantien zu finden. Das Gutachten des Marjshalls Foch war aber doch immer: „Es gibt nur eine Sicherheit: selbst am Rhein zu bleiben.“ Dauernd, für immer, für ewig. Die Sorge, daß dieser harte militärische Wille, den wir nun, wer weiß wie oft, in diesen fünf Jahren am Rhein gespürt haben, sich doch noch durchsetzen könnte, ist in uns. Unsere französischen Freunde mit ihrer Sorge vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus werden das verstehen.

Die überwältigende Mehrheit der Rheinländer, die trotz allen demokratischer und republikanischer sind, als alle andere deutschen Stämme, werden mit allen Entmilitarisierungen, Kontrollierungen, internationalen Kontrollen sich abfinden, die keine Besetzung von Ländern und Reich, keine dauernde Besetzung oder dauernde fremde Gendarmerie, keine Trennung unferer rheinischen Wirtschaft oder unferer rheinischen Verkehrsnetze vom Reich bedeuten. Foch selbst hat als Höchstmaß seiner Sicherungen nicht die Aufrechterhaltung der Befehls der Rheinlande verlangt, die trotzdem gekommen ist und durchgeföhrt wird, sondern: „So lange die Rheinübergänge, was sehr wenig Strecken bedingend.“ Seine ganze Sorge ist die, daß Deutschland in einer noch größere Streikkräfte durch die neutrale Zone über die wenigen Eisenbahnen auf das linke Rheinufer werden und sich dort entgegen den Friedensbedingungen militärisch festsetzen könnte. Von diesen militärischen Manövern befürchtet der große Feldherr so etwas wie den Untergang der westlichen Demokratie. Es wäre das Schicksal,

Vor der Londoner Konferenz.

SPD. London, 14. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die Vorbereitungen für die am Mittwoch beginnende interalliierte Konferenz sind abgeschlossen. Die britische Regierung nimmt an, daß insgesamt 150 Vertreter der Regierungen teilnehmen. Ueber die Vertretung der britischen Dominien ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Am Dienstag will sich das Kabinett mit dieser Frage beschäftigen.

Trotz der französischen Bemühungen, den Aufgabekreis der Konferenz auszudehnen, soll die Konferenz streng auf die Diskussion der Durchführung des Sachverständigenplanes beschränkt bleiben. Falls der Antrag gestellt werden sollte, die Frage der interalliierten Schulden zu besprechen, will die britische Regierung auf eine besondere Konferenz bestehen. Macdonald äußerte sich am Montag im Unterhause über die Frage der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Konferenz. Er sagte, daß darüber die Alliierten beim Zusammentritt der Konferenz beschließen würden.

wert, wie man ihn und die Welt von dieser Sorge befreien könnte.

Offensichtlich handelt es sich nur um die Verhinderung des Gebrauchs der rheinischen Eisenbahnen und Eisenbahnbrücken zu einem militärischen Vorstoß, wie wir als Sozialisten hinzufügen müssen: von jeder Seite. Diese rein technische Kontrolle muß ebenso gut ohne Besatzungsheer möglich sein, wie seit Jahren und demnächst von neuem Militärkommissionen die Entwaffnung Deutschlands kontrollieren, ohne daß sie von Geschützen und Kanonen begleitet werden und das Land mit Erzerjerplätzen und Raketen überfüllen. Die deutschen Militärs, Techniker und Postlifer, die sich bemühen würden, ein System zu finden, das die dauernde Entmilitarisierung der Rheinlande ohne Besatzungsheer gewährleistet, würden der deutsch-französischen Verständigung den besten Dienst erweisen. Gegen alle Versuche aber, diese Kontrolle mit einer dauernden militärischen Besatzung zu verquiden, wenden wir noch ein Wort Andre Tardieus aus jener Kammerrede ein: „Wenn man uns sagte, daß die verlängerte Besetzung eines fremden Landes ... ein anormaler Zustand mit Konfliktgefahr wäre, so hätte man damit recht.“ Fünf Jahre haben die Richtigkeit dieser Worte genügend bewiesen. Was bedarf es also noch weiterer Experimente?

Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist uns rheinischen Sozialisten nicht nur eine kühle politische Erwägung, sie ist uns eine Sehnsucht aus den vergangenen Zeiten vor dem Kriege, als wir am Rhein fast vergessen hatten, daß das Volk jenseits der Ardennen und der Vogesen in alten östlichen Schulbüchern und schlechten Gedichten „Erbsind“ genannt wurde. Wir träumen nicht, aber wir haben einen politischen Willen zu einem hohen europäischen Ziele. Demokratie haben und drücken, sozialistische und kulturelle Internationalen und mit ihnen der Völkerverbund, in den nun Deutschland drängen muß, sollen uns helfen, das Höchstmaß von Sicherungen zu finden und zu verwirklichen, das den Rhein vom Militarismus befreit, von jedem Militarismus.

Die neue Währung.

Der Zusammentritt des Reichstags verschoben.

Berlin, 15. Juli. (Radio.)

Der Reichstag wird voraussichtlich am 28. Juli ds. Js. wieder zusammentreten, da in parlamentarischen Kreisen es marriert wird, daß bis dahin die Londoner Konferenz beendet ist und die Vorarbeiten für die auf Grund des Gutachtens von Deutschland anzunehmenden Gesetze erledigt sind. Sowohl die eine als auch die andere Annahme dürfte zutreffen. Die Arbeiten der mit der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe betrauten Kommissionen sind teilweise schon beendet oder werden in diesen Tagen abgeschlossen. Fertig ist z. B. seit dem 12. Juni der Organisationsentwurf über die Goldnotenbank. Die anderen Entwürfe sind noch im Laufe dieser Woche zu erwarten. Der Organisationsentwurf über die Geldnotenbank bestimmt, daß der Sitz der neuen Bank in Berlin ist. Das Direktorium wird eine rein Deutsche Behörde sein, die bei ihren Entscheidungen jedoch auf den Generalrat von 14 Mitgliedern angewiesen ist. Das neu zu schaffende Institut soll nach den bestehenden Entwürfen von der Reichsregierung völlig unabhängig sein. Ueber den weiteren Inhalt des Gesetzentwurfes weiß das Berliner Tageblatt folgendes mitzuteilen:

Die neuen Noten werden den Namen „Reichsmarknate“ erhalten und in Sätzen bis zu 10 Mark ausgegeben werden. Daneben ist auch die Gold-, Silber- und Kupferprägung vorgesehen und zwar in Münzen von 1 Pf. bis 5 Mk. Die Hauptgrundlage der Bank wird die Deutschland zu gewählende Auslandsanleihe in Höhe von 500 Millionen Mark sein. Der gesamte Notenumlauf wird sich auf etwas über 5 Milliarden Mark belaufen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 2 1/2 Milliarden Mark Umlauf an Goldmarknoten, 1 1/2 Milliarden Mark Rentenmarktscheinen und 1 1/2 Milliarden Mark Gold- und Silbermünzen.

Die Getreideausfuhr beginnt.

Berlin, 15. Juli. (Radio.)

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar bei der Reichsgetreidekasse ermächtigt, auf Antrag von Fall zu Fall eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Abfallprodukten aus dem Getreide zu erteilen. Bei der gewählten Art der Ausfuhrerleichterung ist es nötig und auch beabsichtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr bedeutlichen Umfang annehmen sollte, für welche Befürchtung jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Abzugsmöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Auslande sehr beschränkt sind.

Hierzu schreibt der Vormarsch u. a.: Nicht ohne Interesse ist, daß sich die deutsche Regierung jetzt des gleichen Mittels bedient, das die Sowjetrepublik anwandte, um die Kaufkraft der russischen Landwirtschaft zu steigern, auch sie geben, als die Agrarkrise ihren Höhepunkt erreichte, große Getreidemengen zum Export frei — die deutsche Regierung kann sich also auf das kommunistische Vorbild berufen.

Mißglückte Vorabstimmung.

Braunschweig, 15. Juli.

Bei der am Sonntag im Lande Braunschweig durchgeführten Vorabstimmung über die von den Reichsparteien geforderte Auflösung des Landtages wurden lediglich etwa 14 000 Stimmen abgegeben, jedoch der Volksentscheid nicht durchgeführt werden kann, da dafür etwa 30 000 Stimmen nötig gewesen wären.

Der Münchener Kommunistenprozeß.

Was sich ein bayrischer Staatsanwalt erlauben darf.

München, 14. Juli.

Nachdem im Kommunistenprozeß am Samstagabend um 9 Uhr das Verhör der Angeklagten beendet war, begann am Montag der Staatsanwalt bei Blödgers. Er suchte die Rechtsgültigkeit des bayrischen Ausnahmezustandes und des strikten Verbotes der R.A.D. nachzuweisen. Eine Rechtsunzulässigkeit des bayrischen Ausnahmezustandes sei niemals vom Reichsgericht behauptet worden, sondern das Reichsgericht habe nur festgestellt, daß die inzwischen wieder aufgehobene Verordnung des Generalstaatskommissars, die den Vollzug der Republikergesetze außer Kraft setzte, allgemein und besonders für die Gerichte nicht bindend gewesen sei. In einer auch in Zone vielfach ausnehmend scharfen Rede gegen die Kommunisten beschuldigte er sich u. a. mit der „Diktatur der Gaule, Obert, Scheibemann und Genossen“, mit der Einsetzung der kommunistischen Minister in Sachsen und Thüringen und den dadurch notwendig gewordenen Grenzschutzmaßnahmen Bayerns. Er kündigte ferner an, daß kommunistische Vorbereitungen zu Sprengstoffattentaten den Staatsgerichtshof demnächst in großem Umfang beschuldigen werden. Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt sämtliche Angeklagten unter Zustimmung mildernden Urlands schuldig zu sprechen. Für den Landtagsabgeordneten Götz verlangte er eine Gefängnisstrafe von

Die Schutzollattacke.

Ein feiner Plan.

Gelegentlich der Veröffentlichung der Schutzollvorlage haben wir bereits betont, daß die maßgebenden Stellen neben der Wiederherstellung der Agrarproduktionsstelle auch einen verstärkten Industrieproduktionen zu gleicher Zeit beabsichtigen. Infolge des Martrages der sozialdemokratischen Presse nahm man Abstand von diesem lauberen Plan. In dem allen Ziel hält man jedoch fest. Wie wir erfahren, wird in den Amtszimmern der Regierung und der großen Wirtschaftsverbände fleißig gearbeitet, um die Deckschicht eines guten Tages mit einer Industrieschutzollvorlage zu überraschen.

Die dargelegte Ansicht wird bestätigt durch den Reichslandbund, der die Presse am Montag geladen hatte, um Del in die Wege zu ziehen, die angesichts der Bräutervermehrung und der Vorgänge an den Produktenbörsen sehr hoch gehen. Dabei wurde betont, daß die Zollpolitik nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Gesamtprogramm ist, dessen Ziel der Wiederherstellung der Wirtschaftszustände der Vorkriegszeit darstellt. Vorkünftig verlangt der Landbund neben den Agrarzöllen und der freien Getreideausfuhr, die ja von Herrn Rautz von Fall zu Fall schon zugesprochen worden ist, vor allem auch Zugeständnisse in der Kreditpolitik des Reiches. Auf Anfrage wurde vom Landbund versichert, daß man zugleich mit dem Agrarzoll ein allgemeines Schutzollsystem anstrebe, das auch die Industriewaren mit hohen Zöllen belege. Die Fleischi- und Getreidezölle auf lange Sicht sind den Agrariern so wertvoll, daß sie eben für die Zustimmung der Industrie Schutzoll auf industrielle Fabrikate zugestehen, obwohl diese Konzeption für die Landwirtschaft Verteuerung der Produktions- und Lebensmittel bedeutet.

Wie eng das Bündnis zwischen Agrarier und Industrie bzw. Handel ist, beweist übrigens die schwindende Initiative der Landwirtschaft in der Preisfrage. Bekanntlich liegen die Erzeugerpreise der Hauptagrarartikel unter Friedenspreisen, während die Kleinhandelspreise für die über Friedensstand stehen. Früher haben die Agrarier die Befestigung der wucherischen Preisspannen zwischen Erzeuger- und Detailpreisen als Weg bezeichnet, die Lage zu bessern. Von sozialdemokratischer Seite sind auch Versuche gemacht worden, den kürzeren Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher durch die Genossenschaften herzustellen. Jedoch hat die Landwirtschaft in letzter Zeit nur schwach reagiert. In der am Montag erfolgten Besprechung hatte man den Eindruck, daß die Landwirtschaft auf dieses vernünftige Mittel ganz verzichte, um die Händler für die Zollvorlage zu gewinnen.

Der Abwehrkampf der Gewerkschaften.

Am Dienstagvormittag um 5 Uhr findet im Reichsernährungsministerium eine Besprechung zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsernährungsminister statt. Gegenstand der Besprechungen ist die Frage der Agrarproduktionsstelle. Im Rahmen der Zolldebatte ist von der Regierung betont worden, die Gegner der Agrarzölle sollten andere Wege zum Schutz der Landwirtschaft zeigen. Nach Auffassung führender Gewerkschaftsfreie ist das nicht in erster Linie Sache der Gewerkschaften. Ihre Pflicht sei, das Reichsernährungsministerium auf die psychologische Unmöglichkeit aufmerksam zu machen, der Arbeiterchaft zu den bereits auf ihr ruhenden Lasten auch noch die Schutzolllast aufzupacken.

Die Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Gewerkschaften ist — wohl nicht ohne Absicht — noch vor der am Donnerstag dieser Woche in Berlin stattfindenden Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder angelegt worden. Diese Konferenz soll sich in erster Linie mit der Kreditfrage befassen. Es werden etwa 400 Millionen neue Kredite für die Landwirtschaft gefordert. Nach unseren Informationen können jedoch höchstens 200—300 Millionen bewilligt werden. Wahrscheinlich wird eine Sonderumlage an Bayern nicht zum Beschluß erhoben, da die übrigen Länder, besonders Preußen, auf eine gerechte Verteilung dringen werden. Preußen verlangt, daß selbstverständlich die Kreditfähigkeit der eigentlichen Empfänger der Kredite geprüft wird, aber darüber hinaus die Verteilung der Kredite über die Länder erfolgen soll. Also zwei Drittel der Kredite an Preußen und innerhalb Preußens prozentuale Verteilung, auf die Provinzen und Sicherung gegen Begünstigung irgendwelcher Besitzgruppen. Die Kreditfrage wird auf der Konferenz, wie wir erfahren, nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung der Ernte eine Rolle spielen. Sie soll ganz allgemein als Hauptthema für die Landwirtschaft erwohnen werden.

Wenn jetzt übrigens zur Hilfe für die Landwirtschaft als Ersatz für die Schutzölle neben der Bereitstellung größerer Kredite auch die Ausschaltung des übergroß gewordenen Zwischenhandels besonders hervorgehoben wird, so müssen wir daran erinnern, daß unsere Genossen im Reichstag wiederholt auch die Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Konsumenten hingewiesen haben. Die Konsumgenossenschaften sind der Auffassung, daß die Initiative hierfür von den landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgehen muß. Die Konsumgenossenschaften würden es begrüßen, wenn zur Ausschaltung des parasitären Zwischenhandels endlich einmal etwas getan würde. Sie sind zur Mitarbeit bereit.

einem Jahre, für den Abg. Büsch, den Stadtrat Tierauf, Dr. Frank, Kreittmeier, Thunig und Wagner je 10 Monate, für weitere 7 Angeklagte je 6 Monate, für einen Angeklagten drei Monate und für alle übrigen je zwei Monate Gefängnis.

Münchener Torheiten.

München, 15. Juli. (Radio.)

Auf dem Gebäude der französischen Gesandtschaft in München war am Montag aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages die Tricolore gehißt. Gegen 5 Uhr nachmittags kam es deswegen zu einer großen Menschenansammlung vor der Gesandtschaft. Die Menge verlangte unter Drohrufen die Einziehung der Fahne. Eine Abteilung Landspolizei konnte gerade noch zur rechten Zeit den Platz erreichen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Bei der Räumung des Platzes wurde von der Polizei eine Anzahl Personen verhaftet.

Die Not des Ruhrgebiets.

Neue Stilllegungen.

Bochum, 12. Juli.

Die Arbeitslosigkeit an der Ruhr nimmt zu. Die Gefahr der Stilllegung der Zeche „Alte Haale“ scheint zwar vorläufig beseitigt zu sein, aber schon kommen Nachrichten von der Stilllegung einer Reihe anderer Gruben. Die Zeche „Holland“ in Herbede hat 500 Mann gefündigt. Von der Zeche „Berlorenen Sohn“ in Raaf sind seit gestern abend mehrere hundert Mann arbeitslos. Die Zeche „Charlotte“ soll ebenfalls stillgelegt werden. Die Zeche „Hajewinkel“ mit fast 1000 Mann Belegschaft ist ganz stillgelegt. Hunderte von Arbeitern, insbesondere Bergleute, sind von dem südlichen Ruhrgebiet der Ruhr fortgezogen, um anderwärts Arbeit zu suchen, da die Heimat sie nicht mehr ernähren kann. In der letzten Zeit sind wiederum zahlreiche germane Haarer nach Holland ausgewandert, wo sie in den Limburger Staatsgruben gern Aufnahme finden. Der Landrat von Hattungen erläßt einen Aufruf, in dem die Bevölkerung ersucht wird, soweit es irgend technisch möglich ist, in nächster Zeit den Brennstoffbedarf nur noch bei Zechen im südlichen Ruhrgebiet der Ruhr zu decken, die bezogenen Lieferungen möglichst sofort bar zu bezahlen und den Winterbedarf an Hausbrandkohle schon jetzt in Bestellung zu geben, da andernfalls unter den Wirkungen der Kredit- und Abzugskrise in Kürze weitere Stilllegungen und Entlassungen von Teilen der Belegschaften erfolgen müßten.

Die Amsterdamer Konferenz.

Amsterdam, 15. Juli 1924. (Radio.)

Am Montag haben in Amsterdam die gemeinsamen Beratungen des internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Arbeiterinternationalen begonnen. Die Konferenz beschäftigt sich mit der allgemeinen Lage in Europa, insbesondere mit den bevorstehenden Londoner Beratungen. Anwesend sind Adler, als Sekretär der sozialistischen Arbeiterinternationalen, Hell, England, Blum, Frankreich, Hermann Müller, Deutschland, Vandervelde, Belgien und Wliegen, Holland. Die Beratungen dürften am Mittwoch abgeschlossen werden.

Der sinkende Sowjetstern.

Die R. P. Frankreichs am Ende.

Paris, 14. Juli.

Die „Humanite“ veröffentlicht am Montag einen Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs, in dem diese erklärt, daß sie mit ihren finanziellen Mitteln am Ende sei und die Parteikasse ein ungedecktes Defizit von 700 000 Franken aufweise. Aus Mangel an Mitteln habe die Partei bereits einen Teil der Funktionäre entlassen und die Bezüge der anderen herabsetzen müssen. Der Aufruf spricht von einer schweren Krise und fordert die Parteimitglieder auf, durch Abführung mindestens eines Teilertrages an die Parteikasse der Partei die Möglichkeit zu geben, die politische Arbeit fortzusetzen.

Ganz England hinter Macdonald.

Die Aussprache im Unterhaus.

SPD. London, 14. Juli. (Sig. Drahtber.)

Die wegen der Pariser Reise Macdonalds vertagte Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes und die englische Politik ist am Montag im Unterhaus fortgesetzt worden. Die Konservativen und Liberalen, von denen eine heftige Attacke gegen die Regierung erwartet wurde, haben offenbar im Anbetracht der bevorstehenden Eröffnung der Interalliierten Konferenz eine Schwächung vollzogen, weil sie fürchteten, daß eine scharfe Debatte in diesem Zeitpunkt unpopulär wirken könnte. Asquith jedoch wie Baldwin haben beide in ihren Reden einen freundschaftlichen Ton angeschlagen. Asquith beglückwünschte Macdonald, daß es ihm gelungen ist, die entstandenen Zweideutigkeiten zu zerstreuen und die Konferenz zu reiten, für die jeder Einzelne die besten Wünsche habe. Bezüglich der öffentlichen Meinung Frankreichs sagte Asquith: Seit dem Scheitern des militärischen Sicherheitspactes hat Frankreich für seine Sicherheit nichts als den Versailles Vertrag und deshalb gilt ihm dieser Vertrag als iustitiosus. Daraus muß erinnert werden, wenn man über die Haltung Frankreichs sprechen will. Macdonald hat durch seine Reise nach Paris unzweifelhaft das Kabinett Herriot und auch die Konferenz gerettet. Es sei jedoch wünschenswert zu wissen, welche Konzeptionen dabei gemacht worden seien. Er wünsche zu wissen, ob die amerikanische Regierung dem Gedanken eines amerikanischen Mitgliedes der Reparationskommission als Schiedsrichter günstig gegenüberstehe. Ferner erklärte Asquith, daß nach der britischen Auslegung des Versailles Vertrages die militärische Räumung der besetzten Gebiete im Januar 1925 beginnen müsse, während Frankreich zur Zeit Poincarés immer behauptet habe, daß die Räumungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hätte. Deshalb sei es notwendig zu wissen, welche Schritte unternommen worden seien, um diese Frage zu klären. Schließlich der Sicherheit Frankreichs sei es von größter Bedeutung, daß keine Sicherheit oder Garantie für Frankreich gesondert gegeben werden, sondern lediglich als Teil des Völkerbundes gegen kriegerische Maßnahmen. Auch Deutschland müsse den Schutz dieser Sicherheiten genießen und sowohl in dem Völkerbund als auch in dem Völkerbundsrat mit einem ständigen Sitz ausgenommen werden. Des sollte die allgemeine Friedenssicherung sein, die der größte Schritt in der Richtung des universellen Friedens wäre. Baldwin, der nach Asquith sprach, wünschte der Konferenz ebenfalls einen vollen Erfolg. Er sei besonders begierig, die Haltung Amerikas kennen zu lernen und regte an, daß Vorichtsmaßnahmen ergriffen werden, damit Deutschland seine Industrie feuerlich ebenso schwer belasse als die seiner Wettbewerber belastet sei.

Macdonald sagt in feiner Antwort, daß am dem Erfolg der Londoner Konferenz alle Teile interessiert seien. Die Frage der Räumung der besetzten deutschen Gebiete werde auch von ihm mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, aber er könne im Augenblick über den Beginn der Räumungsfrist noch nichts sagen. Der wesentliche Punkt des Damesgutachtens sei die Beschaffung einer auswärtigen Anleihe für Deutschland, von der in erster Linie Frankreich sofortigen Nutzen hätte. Er habe die Überzeugung, daß der Erfolg einer solchen Anleihe ausschließlich davon abhängt, daß das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse wiederhergestellt werde. Die Frage, ob Amerika einwillige, offiziell in der Reparationskommission vertreten zu sein, könne unmöglich jetzt beantwortet werden, weil sie zur gegenseitigen Kompetenz des amerikanischen Parlaments gehöre und deshalb nicht vor Weihnachten geregelt werden könne. Frankreich bestrebe deshalb darauf, daß bis dahin wenigstens ein inoffizieller amerikanischer Vertreter zur Reparationskommission hinzugezogen werde. Macdonald führte weiter aus, daß es keinerlei Programm für Sanktionen gebe, sondern nur die Erklärung bestehe, daß im Falle deutscher Verstöße die gemeinsamen Interessen verletzt seien. Welche Schritte in einem solchen Falle ergriffen werden müßten, könne nur Gegenstand besonderer Vereinbarungen sein. In der Sicherheitsfrage würde mit Frankreich kein Sonderabkommen geschlossen werden können. Hier gäbe es nur eine allgemeine, für alle geschaffene Sicherheit. Frankreich sei in jedem Falle an einer Sicherung gegen militärische Angriffe sehr viel gelegen und die militärischen Autoritäten Frankreichs hätten ihm erklärt, daß sie mit einem allgemeinen Friedenspact voll befriedigt wären, weil die Sicherheit Frankreichs ein Problem des europäischen Friedens überhaupt sei.

Die Angst vor der Verantwortung.

Die Winkelzüge der thüringischen Regierung.

Weimar, 11. Juli.

Schon vor sechs Wochen hatte die kommunistische Fraktion des Landtages eine große Anfrage über die Stellung der Regierung zum Sachverständigenrat eingebracht. Damals erklärte sich die Regierung bereit, recht bald Antwort zu geben. Am Donnerstag verlangten die Kommunisten, daß ihre Anfrage auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde, was auch geschah. Heute aber forderte ein Landbündler die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung. Die Redner der Linksparteien wiesen nach, daß dieses Verlangen der Geschäftsordnung widerspricht und forderten, daß der Schutz der Minderheiten gewahrt werde. Genosse Frölich führte aus, daß die bürgerlichen Parteien sich scheuen, in die Verantwortung einzutreten, da ein großer Teil von ihnen Gegner des Sachverständigenrats sei und sie den jetzt unter ihnen herrschenden Frieden nicht stören wollen. Die bürgerliche Mehrheit setzte sich jedoch einfach über die von ihr selbst gegebene Geschäftsordnung hinweg und beschloß die Absetzung der Anfrage von der Tagesordnung. Als Protest gegen diesen Rechtsbruch verließen die beiden Linksparteien den Saal.

In der Nachmittags Sitzung erklärte Genosse Frölich im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie gegen die Vergewaltigungen durch die Landtagsmehrheit in den letzten Tagen entschieden protestiere. Trotz des Widerpruchs der sozialdemokratischen Fraktion und trotz der von Genossen Frölich abgegebenen Erklärung hat die Landtagsmehrheit, entgegen allen parlamentarischen Regeln, am 10. Juli ds. Js. die Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann in einer ausgesprochen politischen Angelegenheit aufgehoben. Obwohl der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschussrat die beabsichtigte Absetzung der kommunistischen Anfrage bekämpft und davor gewarnt hat, hat die Landtagsmehrheit, obwohl die Regierung seit Wochen zur Beantwortung der Anfrage bereit ist, entgegen den klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung die Anfrage von der Tagesordnung abgesetzt. Das ist nicht nur eine Vergewaltigung der Minderheit und ein grober Bruch der ohnehin für die Minderheit nachteiligen, von der jetzigen Landtagsmehrheit geschaffenen Ordnung, sondern bedeutet vielmehr und darüber hinaus die Abschaffung des parlamentarischen Grundrechts, die Regierung zu interpellieren. Denn nach diesem geschäftswidrigen Beschluß wäre die Verhandlung einer großen Anfrage auch dann unmöglich, wenn die Regierung sie beantworten wollte, eine Mehrheit aber der Besprechung widerstrebt. Die sozialdemokratische Fraktion übernimmt für diese Tolongräberarbeit am parlamentarischen System keinen Teil der Verantwortung. Sie hat deshalb den sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Landtages, Gen. Abg. Leber, ersucht, sein Amt niederzulegen.

Genosse Leber, der seit Jahren als Präsident des Weimarschen und später des thüringischen Landtages fungierte, teilte darauf seinen Rücktritt als erster Vizepräsident mit. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der deutschnationale Abgeordnete Kien sein Nachfolger werden. Noch einmal brandeten die Meinungen über die Besprechung der Interpellation aufeinander, dann vertagte sich der Landtag auf Mittwoch, den 16. Juli. An diesem Tage soll die Besprechung der kommunistischen Interpellation erfolgen.

Porzellan-Skandal.

Wilhelm der Geschäftstüchtige.

Im Preuss. Landtag gibt es zurzeit wieder eine Untersuchungskommission. Durch die Indiskretion eines höheren Beamten ist bekannt geworden, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur wiederholt bei größeren Einkäufen erhebliche Rabatte gewährt hat. Da sich unter den Abnehmern neben bürgerlichen Ministern auch der preussische Handelsminister Gen. Stiering und der Abg. Heilmann befinden, triumphierte die reaktionäre Presse schon über die neuentdeckte „sozialdemokratische Korruption“.

Allerdings zu früh. Unsere Genossen, die der Untersuchung keineswegs ausweichen, förderten ein Material zu Tage, das ganz andere Kreise schwer belastet. Der „Soz. Parlamentsdienst“ berichtet darüber:

Der energische Gegenangriff unserer Genossen im Streit um die Staatliche Porzellanmanufaktur ist den Gegnern äußerst unangenehm. Sie reden jetzt davon, daß es sich dabei um eine Hezde der Sozialdemokratie gegen das alte Beamtentum handle. Davon kann gar keine Rede sein; denn die Gegenangriffe unserer Ge-

nossen sind durch einwandfreies Material gestützt. Wir erinnern nur an den Fall Kimpel und an den Porzellanankauf Kaiser Wilhelm II. Kimpel kaufte drei Posten Porzellan, zusammen für etwa 26 Millionen Papiermark. Am Kauftag und am Zahlungstag der beiden kleineren Posten galt der Preismultiplikator 550, die Berechnung und Bezahlung erfolgte jedoch nach dem Multiplikator 310. Beim dritten Posten Porzellan mußte die Ware erst angefertigt werden. Als sie geliefert wurde, galt der Preismultiplikator 80.000. Die Berechnung erfolgte nach dem Multiplikator 550. So wurden gezahlt insgesamt etwa 26 Millionen Papiermark gleich ungefähr 197 Dollars. Gezahlt wurden werden insgesamt etwa 600 Dollars. Es wurden rund 400 Dollars zu wenig gezahlt.

Die Differenz entstand dadurch, daß vorchriftswidrig der Papiermarkpreis des Kauftages bis zur Ablieferung bestehen blieb. Es handelt sich bei dem fraglichen Porzellan um ein ganz besonders wertvolles Service, das in der Manufaktur hergestellt worden war.

Am 15. Januar 1921 bestellte „S. M. der Kaiser und König“ 20 Statuetten zum Preise von etwa 1000 Papiermark pro Stück. Die Bestellung erfolgte unter geradezu grotesken Bedingungen. Wenn sich der Feuerungszuschlag bis zum Abbruch vermindern sollte, so sollte für die noch nicht gelieferten Statuetten die entsprechende Preisermäßigung eintreten. Sollte sich der Feuerungszuschlag vergrößern, dann solle der alte billige Preis bestehen bleiben. Dabei bestand die Vorschrift, daß nur freibleibend verkauft werden durfte. Im November 1922 erfolgte die Lieferung — zu einem Preise vom Januar 1921. Die Zahlung fand statt im Dezember 1922, und zwar zu dem Papiermarkpreis vom Januar 1921. Für eine Statuette wurden bezahlt etwa 1000 Papiermark, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die einzelne Statuette mindestens 50.000 Papiermark wert war. Summa summarum: wir haben in diesem Fall einen Schaden für die Manufaktur in Höhe von etwa 1400 Goldmark. Es handelte sich bei den Statuetten nicht um Ausschussware, sondern um erstklassige Ware.

Ein Lump.

Die Presse des Unternehmertums hat eine wütende Hezde gegen den Achtstundentag entfesselt. Sie bekämpft den Achtstundentag mit nationalen Phrasen. Ihr Nationalismus ist Mittel zum Zweck sozialer Reaktion. Am widerlichsten ist es, wenn diese Hezde gegen Achtstundentag und Arbeiterschaft in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von Paul Lensch persönlich betrieben wird.

Lensch veröffentlicht in der „D. A. Z.“ eine Zusammenstellung von irrsinnigen Behauptungen und Anwürfen gegen die Internationale Arbeitskonferenz:



„Sie hebenete ihre Tendenz, nach ein Attentat auf das deutsche Volk, dem man eine neue Hungerblockade und eine völlige Zerstörung seiner Wirtschaft zugebahnt hatte.“

„Diesmal wollte man uns mit Saupföden erwidern, und wie man im Namen des Christentums und der Bruderliebe entsetzliche Taten begangen, so sollte jetzt die „Sozialpolitik“ und die „Arbeiterfürsorge“ den Schanddeckel abgeben für den Plan, Deutschland zu ruinieren.“

„Saill! domert es plötzlich herüber von Genf vom Internationalen „Arbeitskongress, der — lucus a non lucendo — eine Organisation zur Verhinderung der Arbeit ist.“

„Man sieht draußlich, wie die „völkerverfeindende“ Sozialdemokratie hier zum Trostnecht des scheußlichsten Kapitalismus wird, der ein freies, stolzes Volk am Boden hält, und dem nun die Sozialdemokratie mit ihrer „Sozialpolitik“ zu Hilfe kommt.“

Troßhuben des Kapitalismus, weil wir für den Achtstundentag kämpfen? Weil wir uns der sozialreaktionären Offensive entgegenwerfen, die von Stinnes und seinen Halbdingen in der „D. A. Z.“ geführt wurde? Das in der „D. A. Z.“, dem Organ von Stinnes Erben?

Wir verstehen, wenn jemand im Verlauf seines Lebens und seiner Erfahrungen seine Anschauungen ändert und neugewonnene Einsichten nach bestem Gewissen verteidigt. Aber im Falle Lensch handelt es sich um anderes, um eine entehrende, dafür aber sehr einträgliche Knechtschaft im Dienste von Stinnes Erben und der Schatzmacherinteressen. Ist es völlige Abwesenheit von Schamgefühl, ist es ungewollte Selbstironie, die durch das Gefühl der eigenen schimpflichen Knechtschaft zu erklären ist, wenn Lensch seine irrsinnigen Anwürfe überschreibt: Der Troßhuber?

Der neue Zarismus.

Das Lockspitzelstystem der Tschechen.

Die Kommunisten schreiben täglich Feter und Mordio über Lockspitzel, die sich in ihre Reihen eingeschlichen haben. Schlägt schließlich eine ihrer Aktionen fehl, dann ist der Lockspitzel auch sofort zur Stelle, indem der kompromittierte Parteigenosse kurzerhand auf diese Weise abgeschüttelt wird, im höheren Interesse der Partei. Tatsächlich ist es aber gerade die kommunistische Partei, vor allem auch in Rußland und dort in enger Verbindung mit der Sowjetregierung, die seit den ersten Tagen ihres Bestehens mit einem Lockspitzelstystem schlimmster Art arbeitet. Das geschieht nicht nur im Kampfe gegen die kapitalistische Bourgeoisie oder das politische und verbürgerliche Wanditentum, nicht nur gegen die Konterrevolution, sondern hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie. In dieser Beziehung wandelt die Sowjetregierung und ihr Organ, die kommunistische Partei, getreulich in den Fußstapfen der zaristischen Regierung. So ist es der Auslandsdelegation der sozialrevolutionären Partei gelungen, einen Lockspitzel Selezky zu entlarven, der es verstanden hatte, als bezahlter Spion der staatlichen politischen Partei (S. W. U.) Mitglied des Parteivorstandes der sozialrevolutionären Partei Rußlands zu werden. Man wird dabei an jenes berühmte Mitglied der russischen Duma Malinowski erinnert, der seinerzeit im kaiserlichen Rußland von Lenin seine Reden aufgesetzt bekam, gleichzeitig aber bezahlter Spion der zaristischen politischen Polizei war. Selezky drohte im Jahre 1919 die Todesstrafe. Während seine Genossen dem Henker anheimfielen, blieb er allein am Leben. Da er in der Zarenzeit eine zehnjährige Zwangsarbeit verbüßt hatte, gelang es ihm leicht, in den politisch linksstehenden Kreisen Beziehungen anzuknüpfen. Bald mußte es auffallen, daß alle dem Kerker geweiht waren, mit denen er in Berührung kam. Dennoch verstand er es, als Delegierter der sozialrevolutionären Partei, in Wirklichkeit jedoch als Spion der russischen staatlichen Polizei, am Hamburger Internationalen Sozialistenkongress teilzunehmen. Die Auslandsdelegation der sozialrevolutionären Partei schöpfte allerdings schon damals Verdacht. Nachdem er wieder nach Rußland zurückgekehrt war, äußerte sich sein Wirken darin, daß Hunderte von Menschen ins böschewistische Gefängnis wanderten, ganz besonders im Wolgagebiet. Am Konareb der sozialrevolutionären Partei in Breaq wollte er abermals teilnehmen; das mißlang, da sich inzwischen der Verdacht gegen ihn zu sehr verflücht hatte. Darauf drang er auf Einberufung eines Parteitag in Rußland. Inzwischen setzte aber in Rußland selbst eine sorgfältige Überwachung dieses Menschen ein und nach 2 Monaten schwierigster Arbeit war er schließlich endgültig als Lockspitzel entlarvt. Mit diesem Schurken, der, obwohl Mitglied der russischen kommunistischen Partei, sich in die höchste Instanz der Sozialrevolutionäre als Spion der böschewistischen Staatspolizei einzuschleichen mußte, können die Kommunisten aller Länder wirklich Ehre einlegen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmich
Für Freisinn, Lübe und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Luidhard.
Verleger: Carl Luidhard. Druck: Friedr. Meiner & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Als Zwischenbedienteward nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

88. Fortsetzung.

Wiele waren darunter, die ihren Kasten, seit sie an Bord gekommen waren, überhaupt nicht vom Leibe gezogen hatten. Die Spanier waren sehr lebhaft, und der Dide bewunderte oft die Grandezza, mit der sie ihre Lärge ausführten. Auch Wortkämpfe und Schiffsereien kamen vor, wurden aber von den Stewards, die mit dem ersten Posten, was ihnen in die Hände kam, meistens war es der Besen, fest dazwischenzuschlagen, bald geschlichtet. Eisenerhuts-Szenen waren es vorwiegend, die Verfolgung eines Diebes brachte aber auch oft vollkommenen Aufregung in die blühende Gesellschaft. So verschaffte eines Tages ein Heering große Belustigung. An einem Sonntagabend sollte es, wie gewöhnlich an diesem Tage, für den Abend Heringe geben. Der Dide hatte schon mittags das Faß geöffnet, die Lauge abgeschüttelt und die Lieblinge aller Zwischenbedienteward gewässert. Ein Russe, der das beobachtet hatte, schlich sich heran und holte sich zwei Heringe aus der Lauge, verbarg sie unter seinem Rock und wollte damit verschwinden. Doch der Dide sah ihn gerade abgehen und eilte, nichts gutes ahnend, ihm nach. Daraus entspann sich eine wilde Schjagd durch die Zwischenbedienteward, wieder an das Oberdeck, wo er gerade einen Matrosen auf sich zukommen sah. In der Annahme, auch der Suche ihn, warf sich der Russe dem nichtsahnenden Matrosen zu Füßen, und war eben im Begriff ein großes Lamento abzurufen, als ihn der Dide schon mit kräftiger Faust am Kragen hatte und mit raschem Griff die Heringe unter seinem Rock hervorzog.

Jonny hatte sich jetzt aus seiner Decks ebenfalls Helfer angeworben; er wie auch der Dide arbeiteten mit stetig wechselnden Leuten. Sie gaben ihnen dafür Mannschafteisen aus der Küche. Aber nach einigen Tagen war ihnen die Arbeit schon zu viel, doch versuchte sie nach wie vor, in der Küche ihr besseres Essen in Empfang zu nehmen, bis sie erwüßt und mit einer tüchtigen Tracht Prügel in ihr Zwischenbedienteward gejagt wurden. Die Juden arbeiteten, wenn sie Zwiebeln und Knoblauch bekamen; dafür verrichteten sie die dreigigsten Arbeiten. In Jonnys Deck war ein älterer Mann mit Frau und zwei Kindern; sie waren von Russisch-Polen ausgereist und jetzt kam er aus dem Inneren Westens mit leeren Händen zurück. Frau und Kinder waren alles, was er in die Heimat mitgebracht.

Es war an einem Sonntagabend, das Arbeitspensum erledigt,

Reinhold spielte seine geliebte Akkordzither, Jonny und der Dide hockten gemütlich rauchend auf ihren Kojen.

„Sind hier die Zwischenbedienteward? Sofort herauskommen und hüten die Latrine in Ordnung bringen, das Wasser läuft bis in die Gänge hinein!“, schrie der Verwalter.

„Seute ist Sonntag, da machen wir keine Latrine rein. Die kann zugeschlossen werden bis morgen früh, auf der anderen Seite ist ja noch eine, es kommt also niemand in Verlegenheit!“, antwortete ganz gelassen der Dide und rauchte ruhig weiter.

„Auf See gibt's keinen Sonntag, das sollten Sie doch bald wissen! Was sofort nach hinten Ihr beiden, ich gehe voraus!“, so tobte der Verwalter und verschwand.

„Das ist ja die reine Schilane von dem!“, gütete Jonny, „nicht genug, daß wir die ganze Woche Schiethäuser fegen, ausgerechnet heute, am hellen Sonntag auch noch. Das war' ja gelacht! Ich bleibe ruhig hier und lasse es drauf antommen.“

Eben wollte er sich eine neue Pfeife stopfen, als der Verwalter wieder in der Tür erschien. „Ist's Euch nun bald gefällig oder soll ich den „Ersten“ holen?“ schnaubte er los. „Wollt Ihr mir die Arbeit verweigern, dann sagt's nur. Dann melde ich's sofort dem Kapitän; was darauf steht, das wißt Ihr ja!“

Der Dide hatte sich erhoben, er rekte keine Hüfengestalt und sagte ganz ruhig zum Verwalter: „Die Arbeit verweigere Ihnen kein Mensch, davon kann hier gar keine Rede sein, aber es ließe sich da doch gut ein Ausweg finden, Herr Verwalter. Ist es aber unbedingt nötig, daß eine derartige Arbeit am Sonntagabend gemacht werden muß, und glauben Sie es trakt Ihres Amtes nicht anders verantwortlich zu können, gut, so wollen wir wenigstens dem „Ersten“ nicht auch noch den Sonntag verfehlen. Komm, Jonny, wir gehen.“ Den Verwalter ferres Blickes mehr würdigend, schritten die beiden an ihm vorbei, ihrer wenig verlockenden Arbeit zu. Die Abflugrohre hatten sich durch die vielen hineingeworfenen Obstschalen, Bananenschalen usw. verstopft. Die Klosetts liefen nicht mehr ab, und der ganze Anrat kam immer wieder in die Höhe.

Bei jeder Schiffschwankung spritzte der Kot durch die offenen Türen in die Gänge hinein. Die beiden Stewards standen demgegenüber zunächst ratlos da.

„Nur hinein, geniert Euch nicht, Ihr habt vielleicht in Eurem Leben schon ganz was anderes gemacht!“, höhnte der Verwalter, und die gaffenden Zwischenbedienteward stimmten ein wahres Freudengeheul an. Ohne vom Verwalter Notiz zu nehmen, sagte Jonny zum Diden: „Jagen Sie erst mal die Bande da weg, ich ziehe Schuhe und Strümpfe aus und mache zunächst die Bulloogs auf, sonst wird man hier ohnmächtig vor Gestank. Holen Sie in der Küche den langen Draht zum Durchstoßen.“

Der Dide stob zwischen die Neugierigen, daß sie nach allen

Richtungen hin entwichen, eilte nach der Küche und kam bald mit dem langen Pfeifenreiter, wie sie das Ding nannten, zurück. Jonny hatte schon Luft gemacht. Der Dide, barfuß, machte sich ebenfalls in das elle Nag und nun versuchten die beiden mit dem Draht von oben nach unten durchzustößen, um dem gefackten Abwasser Luft zu verschaffen. Aber alle Mühe war vergebens, die Sache lag tiefer.

Dem Verwalter dauerte das alles schon viel zu lange. „Ihr seid die richtigen Kerls!“, höhnte er, „aber ich kenne Eure Schliche, wenn Ihr wolltet, hättet Ihr die Geschichte längst in Ordnung, wo Ihr doch nur durchzustößen braucht. Ich soll's Euch wohl vormachen?“

„Bitte, Herr Verwalter, wenn Sie meinen, Sie könnten's besser, so versuchen Sie mal Ihr Heil!“, jagte sehr höflich der Dide, „aber ich sage Ihnen, die Rohre sind unten im Knie, das nach dem Lukenbord führt, nach und nach ganz verandert, und hier oben ist ein Kupferblech, da können wir nicht durchstoßen. Unten im Zwischenbedienteward muß also abgeschraubt und Luft gemacht werden.“

Der Verwalter, der jetzt lieber beim Glas Bier und einer guten Zigarre in der Messe geessen hätte, verfluchte sich im Stillen schon diese ganze überläufige Angelegenheit, und wollte nun an dem Diden seine heimliche Wut auslassen. „Was verstehen Sie überhaupt davon, Sie spielen sich immer auf, als wären Sie Wunder was, wären Sie nur geliebten, wo Sie waren!“, braufte er auf.

Doch der Dide meinte ganz gemütlich: „Na, wer weiß, ob Sie ein zweites Mal einen derartig gebildeten Abtrittsleger finden werden.“

„Das betrachte ich als Arbeitsverweigerung und melde Euch sofort beim Kapitän!“, Wutschraubend eilte der Verwalter vor dann.

„Ich glaube, dem steckt der Aequator schon im Kopf, oder was ist mit ihm?“, fragte Jonny und wolkte sich eine Zigarette ansteden, da erschien aber schon wieder der Verwalter an der Tür. Er hatte sich wirklich den „Ersten“ mitgebracht.

Diefer, in tabellos weißer Tropenuniform, guckte in die Latrine hinein, zog die Nase hoch und wettete dann los: „Das soll nicht zu machen sein? Das will ich Euch doch mal gleich zeigen. Habt Ihr nen Draht da? Na, dann mal reinstecken! Braucht Euch nicht zu fürchten, da ist noch keiner dran gestorben. Was habe ich als Schiffsjunge nicht alles machen müssen. Wir hatten noch nicht mal Handwerkszeug, nur unsere fünfzige Gabel! Versteht Ihr? Hier!“ Er hob seine gepreuzte Hand in die Höhe. „Bin an der Hals habe ich schon in dem Zeug gestanden, also nur nicht geniert!“

(Fortsetzung folgt.)

Nach 7 Tagen Ausverkauf

und dennoch

unsere Sortimente genau so gross,
unsere Preise aber noch... **niedriger**

Waschstoffe

	Jetzt
Kleider-Zephir Dirndl-muster	75 [₰]
Perkal gestreift, gute Qualität	75 [₰]
Kleiderkrepp moderne Streifen	95 [₰]
Kadett für Knaben-Anzüge	1 ¹⁰
Voll-Voile ca. 115 cm breit, prima Schweizer Ware, weiß	1 ⁹⁵

Kleiderstoffe

	Jetzt
Kleiderschotten doppeltbreit, solide Ware	75 [₰]
Kleiderstoff ca. 115 cm breit, Halb-Wolle	1 ²⁵
Rockstreifen und Karos moderne Farbstellungen	1 ⁹⁵
Serge doppeltbreit reine Wolle, viele moderne Farben	2 ⁹⁵
Gabardine 130 cm, reine Wolle	3 ⁹⁵

Seidenstoffe

	Jetzt
Futter-Serge ca. 120 cm, Halbseide	2 ⁹⁵
Wasch-Kord ca. 85 cm, gute Kleiderware	3 ⁹⁵
Duchesse-Mousseline ca. 85 cm, schwarz	4 ⁹⁵
Eolienne ca. 100 cm, Wolle mit Seide	4 ⁹⁵
Foulardseide doppeltbreit, gute Körperware	7 ⁹⁵

Leinen- u. Baumwoll-waren

	Jetzt
Geschirrtücher Reinleinen, mit roter Kante, gesäumt u. gebänd. 60/60 cm	65 [₰]
Handtücher Gerstenkorn mit roter Kante, gesäumt u. gebändert, Halbleinen	75 [₰]
Handtuchstoff Reinleinen, weiß, Gerstenkorn	95 [₰]
Zwirnstoffe und Schilfleinen für leichte Sommerkleidung	1 ²⁵
Züchen kariert, Bettbezugstoff Deckbettbreite, in verschiedenen Mustern	1 ²⁵
Schürzenstoff Kottonade u. Water, 116 cm breit, Ia. Qualität	1 ²⁵
Schürzendruck verschiedene Muster, 115 cm breit, feste Ware	1 ⁴⁸
Inlett uni rot, federdicht, 140 cm prima Qualität	2 ⁹⁵
Tischtücher Damast, gute Dessins, 130/130 cm	3 ⁵⁰

Ein Posten Tischtücher, Tischdecken und Kaffeegedecke leicht angestaubt, z.T. bis **50%** ermäßigt.

Damen-Wäsche

	Jetzt
Untertaillen gutes Wäscheluch mit Stickerei und Einsatz	1 ²⁵
Taghemden prima Renforce mit Languette	1 ⁴⁵
Beinkleider gutes Hemdentuch, geschlossen, mit Volant und Languette	1 ⁶⁵
Erstlingshemden Kretonne mit Languette	35 [₰]
Spielhöschen uni Leinenimitat. mit farbiger Einfassung	1 ⁹⁵

**Kleidchen
Kittel und Spielhöschen
bedeutend im Preise
ermäßigt**

Korsette

	Jetzt
Büstenhalter Prima Qualität, tadellose Passform	65 [₰]
Reformleibchen für Kinder, silbergrau Drell, kräftige Ware	1 ⁴⁵
Korsette grau Drell, mit farbiger Languette	1 ³⁵

Schürzen

	Jetzt
Kleiderschürzen uni Water, mit farbiger Paspelung	95 [₰]
Damenschürzen Wiener Form, gepunkt Kretonne, mit farbigem Vorstoß	1 ⁵⁰
Damenschürzen türkisch gemust. Satin, Ia. Qualität	2 ⁹⁵

Taschentücher

	Jetzt
Damen-Taschentücher Linon mit Hohlraum	12 [₰]
Damen-Taschentücher Batist mit gestickter Ecke	18 [₰]
Herren-Taschentücher Linon mit farbiger Kante, kochecht	28 [₰]

Teppiche

hochwertige Qualitätsware in allen Größen

bis zu

50%

ermäßigt.

Gardinen usw.

	Früher	Jetzt
Scheibengardinen elfenbein mit farbigen Streifen	75 [₰]	45 [₰]
Etamine Ia. Garnware, 150 cm breit	2 ⁵⁰	1 ⁷⁵
Madras 130 cm breit, schwarz-gründig	6 ⁵⁰	3 ²⁵
Biedermeierleinen 80 cm breit	2 ⁶⁵	1 ⁷⁵
Künstler-Garnituren 2 Flügel und 1 Ueberfall	7 ⁵⁰	5 ²⁵
Madras-Garnituren 2 Flügel, 1 Ueberfall, garant. echte Farben	17 ⁵⁰	9 ⁷⁵
Künstler-Garnituren bunt bedruckt	15 ⁵⁰	7 ⁵⁰
Halbstores volle Größe	5 ⁷⁵	3 ⁹⁵
Bettdecken zweibettig englisch Tüll	13 ⁷⁵	9 ⁵⁰
Tüllblenden englisch Tüll	9 ⁵⁰	55 [₰]
Kochelleinen-Garnituren 2 Flügel und 1 Ueberfall	34 ⁰⁰	21 ⁰⁰
Kochelleinen grau u. gestreift 150 cm breit	4 ⁷⁵	2 ²⁵
Vorhangstoffe elfenbein gemustert, 80 cm breit	2 ²⁵	1 ⁷⁵
Kretonne 80 cm breit	2 ²⁵	1 ²⁵
Dekorationsstoffe 100 cm breit	6 ⁵⁰	3 ⁹⁵
Gobelinstoffe prima Qualität	9 ⁵⁰	6 ⁷⁵
Mokett 130 cm breit reine Wolle	21 ⁵⁰	12 ⁷⁵
Rips gestreift in vielen Farben	8 ⁷⁵	5 ²⁵
Kochellein.-Tischdecke bedruckt	11 ⁰⁰	5 ⁷⁵
Tuchtschdecken prima Qualität, moderne Farben	26 ⁰⁰	13 ⁰⁰
Diwandecken Phantasiemuster	21 ⁰⁰	12 ⁰⁰
Diwandecken prima Kammgarnplüsch, mit Fransen	96 ⁰⁰	48 ⁰⁰
Schlafdecken Jacquard 150/200 cm groß	8 ⁷⁵	6 ²⁵
Steppdecken Satin mit Halbwooll-Füllung	29 ⁵⁰	21 ⁰⁰
Steppdecken prima Satin mit Wollfüllung	48 ⁰⁰	34 ⁰⁰
Daunen-Steppdecken mit Einschlitt, volle Größe	150 ⁰⁰	85 ⁰⁰
Bettvorlagen	1 ⁹⁰	1 ²⁵
Brücken Persermuster mit Fransen, 90/180 cm groß	15 ⁰⁰	10 ⁷⁵
Kokosläufer prima Qualität, rot, 67 cm breit	4 ⁷⁵	3 ²⁵
Haargarn-Läufer 67 cm brt. Ia. Qualität	9 ⁵⁰	6 ⁷⁵
Linoleum-Teppiche 200/300 200/250 150/200 früher 38.50 früher 32.- jetzt 31.- jetzt 26.-	18 ⁵⁰	14 ⁷⁵
Kokos-Teppiche 200/300	64 ⁰⁰	32 ⁰⁰

Kaufstadt

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 15. Juli.

Die Bürgerschaft

stritt sich am Montag mit vier Anträgen herum, von denen nur einer endgültig, ein anderer mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, während zwei Ausschüssen überwiesen wurden. Die Kommunisten hantierten wieder mit großen Gesten, getreu der Sage im Doktor Faust, daß dort, wo Begriffe fehlen, sich zu rechter Zeit ein Wort einstelle. Ihr gewaltiger Redner K l a n n glaubte seine Seefahrtskenntnisse mit der alten Verleumdung beglaubigen zu müssen, daß der sattnam bekannte Paul Müller in Hamburg zur Sozialdemokratie gehöre. Diese unsaubere Schwächelung entspricht ganz der kommunistischen Glaubenslehre, die Verleumdung der Sozialdemokratie bilde einen durchaus statthafter Erfolg für die Wahrheitsliebe. Der Herr besand sich bei dieser Verdrehung der Tatsachen in der trauten Gesellschaft der Deutschvölkischen, deren Sprecher Herr S c h l ö s s e r in der Krankenfassenfrage die alten dummen Behauptungen des Reichstagenverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufsticht. Diese fade Herabsetzung der erfolgreichsten Tätigkeit der Allgemeinen Ortskrankenkassen kennzeichnet den deutschvölkischen Geist zu den wichtigsten Arbeiterfragen zur Genüge. Das heißt, daß die Völkischen mit ihrem Völkerverneuerungslatein am Ende sind. Wäre ihr Miß nicht zu den Hunden entflohen, dann könnte es nicht vorkommen, daß ein so verschrobenes alldeutsches Gemüt wie Herr Schlösser den Weg zur Rettung aus Senot nur durch die ordinäre Verleumdung zu finden suchte, indem er den Genossen Dr. Leber als Franzosen verleumdete. Ein Versuch, an dem die völkischen Männer schon so oft ihre jarte Haut zerkratzen. Die Genossen Haut, Karl Müller und Reischerger antworteten auf die wilden Redensarten der stammverwandten Bruderselen in aller Sachlichkeit. Vielleicht hätte eine satzigere Abfuhr auch nichts geschadet, aber schließlich ist bei diesen Volkserneuerern doch alles vergebens.

Interessant war, daß sich die Hausbesitzer als Feinde des Hausbesitzes produzierten. Sie sehen die Erwerbung eines eigenen Geschäftsgeländes ungern und hätten es lieber begrüßt, wenn ihre Berliner Freunde den lübschen Staat nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ordentlich rupfen könnten. Man hätte dann wenigstens konkrete Beispiele für die Berechtigung des — nach Senator Dr. Kalkbrenners Ausspruch von der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft — Raubzuges am Orte.

Die beabsichtigte Beteiligung des Staates an einer neu zu gründenden Reederei führte zu stundenlangem Redeschlacht, obwohl von vornherein Ausschüßberatung in Aussicht genommen war und schließlich auch beschlossen wurde. Die Sozialdemokratie unterläßt natürlich keine Gelegenheit, dem Wirtschaftslieben neuen Antrieb zu geben, aber hier handelt es sich um eine Frage von weittragender Bedeutung, die aufs genaueste geprüft werden muß. Mit schwaunigen Reden für und gegen ist nichts getan. Aber richtig ist, was Genosse Haut sagte, daß die interessierten Kreise und der Senat etwas vorausschauender hätten arbeiten können. Und schließlich darf man wohl auch daran erinnern, daß die Lübecker Speditoren und Reeder in der Kriegszeit in werthefähigen Gewinnen ersticken und von ihren Hamburger Kollegen beneidet wurden. Man muß den Herren etwas auf den Zahn fühlen und fragen, wo sie die Devisen verpackt haben. Denn in besondere Unkosten stützten sie sich nicht, mit Arbeiter- und Angehörigentransportationen waren sie ziemlich freigebig. Das führte die Kriegsgewinne. Nur das Risiko zu tragen bis die Chose im Schuß ist und dann die Schiffelein schwimmen zu lassen, das wäre für den lübschen Staat ein schlechtes Geschäft. Hier heißt es vor allem für die interessierten Kreise, erst einmal selbst tüchtig die Truhen zu öffnen. Das entspricht eher häuslichem Geist als Jammern und Betteln.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung war im Juni günstig, insofern meldpflichtige ansteckende Krankheiten nur ganz vereinzelt und ohne Todesfälle vorgekommen sind, nämlich 5 Erkrankungen an Diphtherie, 2 Typhusfälle, 3 Ruhr, je 1 Fall von Masern und Scharlach. Dagegen hat die Tuberkulose in 18 Fällen den Tod veranlaßt, 13mal durch Lungentuberkulose, 3mal durch Hirnhauttuberkulose, je 1mal durch Unterleibsdrüsentuberkulose und durch Kniegelenktuberkulose. Leider sind wieder mehrere Todesfälle nach Fehlgeburt zu verzeichnen und 2 Todesfälle nach perniziöser Blutarmut.

Die Ausgabe einer neuen Auflage des amtlichen Fernsprechbuches für den Oberpostdirektionsbezirk Hamburg beginnt am 14. Juli. Für jeden Hauptanschluß und für jeden Nebenanschluß eines Dritten wird ein Stück des Fernsprechbuches unentgeltlich geliefert. Die Bücher sind unter Bezeichnung der den Anschlußinhabern besonders zugehenden Benutzungsarten, aus denen das Nähere ersichtlich ist, und unter Rückgabe des alten Fernsprechbuches bei den Bestelloffizialen abzufordern. Teilnehmer, die eine solche Aufforderung binnen einer Woche nicht erhalten, wollen sich an ihr Bestelloffizial wenden. Weitere Fernsprechbücher des Bezirks Hamburg können zum Preise von 3 Goldmark für das Stück bei den Postanstalten und dem Fernsprechamt 1 in Hamburg 13 bestellt werden.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Gewerkschaftszeitung Nr. 28 ist sofort abzuholen.

Vadeanstalt Krähenreich. Wasserwärme heute früh 11 Uhr 22 Grad, Luft 22 Grad.

Vadeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr 23 Grad, Luft 19 Grad.

Vom „Dank des Vaterlandes“.

Monentaufnahme im Versorgungsgericht Schwerin i. M.
Der Kriegsteilnehmer L. in Rostock hatte im April 1918 durch einen Bauchschuß eine Nierenverletzung erlitten. Nach der Entlassung aus dem Heeresdienst stellte er zunächst Antrag auf Erteilung eines Zinnsverordnungscheins. Der Antrag wurde abgewiesen, weil die Erwerbsminderung auf nur 10 v. H. geschätzt worden war. Seitdem hat L. immer gearbeitet, seinen Arbeitskollegen gegenüber aber häufig über Schmerzen in der Nierengegend geklagt. Im April 1923 suchte L. einen Arzt auf und klagte über Ohrenschmerzen, später über Nieren- und Kopfschmerzen. Er wurde schließlich in die Nervenzustalt G e h l s h e i m übergeführt, wo er bei seiner Aufnahme „eine zusammengekrümmte Haltung mit nach vorn gebeugtem Kopf“ zeigte. Anfang September starb er an „Gehirnwasserdruck“.

Der Anstaltsarzt äußerte der Witwe gegenüber gleich Verdacht auf einen Zusammenhang des Gehirnleidens mit der Nierenverletzung. Die Niere habe, so meinte er, wegen starker Verengung nicht richtig arbeiten können, so daß sich am Gehirn ein Wasseranfang gebildet habe. Auch der erste behandelnde Arzt schloß auf einen Zusammenhang des zum Tode führenden Leidens mit der Nierenverletzung. Ganz richtig folgte er: „Wenn die Niere mit dem Gehirnleiden nichts zu tun haben soll, warum treten dann vermehrte Schmerzen der Nieren auf?“

Das Versorgungsgericht Schwerin hatte nun über die Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen zu entscheiden, da das Versorgungsamt einen ablehnenden Bescheid erteilt und Dienstbeschädigung verneint hatte. In der Verhandlung wurde ein schriftliches Gutachten des Professors Walter in G e h l s h e i m vorgelesen, das vom Gericht eingefordert worden war. Der wissenschaftliche Teil des umfangreichen Gutachtens läßt sich ganz kurz mit den Worten umfassen: „Nichts genaues weiß man nicht“. Im übrigen neigte der Gutachter dazu, die große Hitze im Juni vorigen Jahres in Verbindung mit ein paar Flaschen Bier, die der Verstorbene einmal im Juni der großen Hitze wegen getrunken hatte, als Ursache zu der zum Tode führenden Gehirnkrankung anzusehen. „Absolut sicher“ konnte er den Zusammenhang zwischen der Nierenverletzung und tödlichen Gehirnkrankung nicht ausschließen. Aus Grund dieses Gutachtens verneinte auch die Spruchkammer des Versorgungsgerichts die Frage der Dienstbeschädigung und wies die Berufung als unbegründet zurück.

Natürlich wird auch das Reichsversicherungsgericht noch zu sprechen haben. Bei allen Biermördern, besonders den subdilen, dürfte die professionelle Annahme von der Schuld einiger flacker Bier an der Gehirnwasserdruck wohl durchweg eine heitere Wirkung hervorrufen.

Nochmals die spanische Legion.

Das Hamurger Echo, dem wir sozusagen den Artikel über die spanische Fremdenlegion nachgedruckt haben, schreibt: In unserer Nummer vom 25. Juni hatten wir über die spanische Fremdenlegion berichtet. Darauf ist uns im Verlauf der letzten Wochen so zahlreiches und erschütterndes Material zur Verfügung gestellt worden, daß wir uns genötigt sehen, erneut und mit aller Schärfe gegen diesen unglücklichen Menschenhandel Stellung zu nehmen. Hunderte und aberhunderte junge

Hamburger, durch die trostlosen Verhältnisse hierzulande zur Verzweiflung getrieben, sind den Lockungen und schön gefärbten Anpreisungen gewissenloser Agenten zum Opfer gefallen. Aus zahlreichen uns zur Verfügung gestellten Briefe geht unzweifelbar hervor, daß die Zustände in der spanischen Legion um kein Haar besser sind, als in der berühmten französischen Fremdenlegion. Wir müssen fragen: Was hat die deutsche Regierung bis jetzt getan, um die Unglücklichen, die in Marokko für eine fremde Sache ihr Leben lassen müssen, zu schützen? Wir erwarten und verlangen, daß die deutsche Regierung unverzüglich mit der spanischen Regierung in Verhandlungen eintritt, um die deutschen Staatsangehörigen vor diesem würdelosen Landstreichendienst zu befreien. Die Werbungen der französischen Fremdenlegion werden verfolgt. Mit Recht! Aber wenn man den Franzosen die Werbungen verbietet, glaubt man ziehen zu dürfen, daß die deutsche Regierung braucht nicht zu fürchten, daß sie durch einen Schritt bei der spanischen Regierung verstimmt. Sie braucht nur auf ihre zurzeit unlöslichen internationalen Verpflichtungen hinzuweisen und auf Grund dieser Verpflichtungen die sofortige Rückführung aller Deutschen in Marokko zu verlangen.

Inzwischen teilt man uns mit, daß die Angehörigen der Hamburger Marokkokämpfer sich zusammenschließen wollen, um gemeinsame Schritte unternehmen zu können. Alle Angehörige von spanischen Legionären mögen ihre Adresse bei Frau Ida Bartisch, Gothenstraße 5, 4. Etage, einleiden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein. 7. und 7a. Distrikt. Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Versammlung im Lokale des Herrn Matthies. Lindenstraße. Redner: Genosse Dr. Seimig.

Sozialdemokratische Frauen. Ausflug mit den Kindern ins Israelsoorfer Gehölz am Mittwoch, dem 16. Juli, Abends 1 Uhr Buratorstraße. Das Komitee.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Ausflug für Kinder am Donnerstag, 17. Juli. Sammelplatz 1 Uhr Lindenplatz.

Schönböden. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 16. Juli, abends 8 Uhr im „Landhaus“ Mitgliederversammlung. Redner Parteisekretär Gen. Weik.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 14. Juli.

Wie der Vorsitzende mitteilt, empfiehlt der Eingabenausschuß, die Forderungen des Schiffahrtsbundes auf Zulassung beim Seemannsamt dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen. — Haut (Soz.) beantragt, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen. — Klann (Komm.) widerspricht der Forderung Hauts. Die sozialdemokratische Fraktion sei verpflichtet, die Eingabe zu unterstützen. — Haut und Bruns (Soz.) bestreiten, daß die sozialdemokratische Fraktion im Ausschuß einstimmig für die kommunistische Forderung eingetreten sei. Der Antrag Haut wird angenommen.

Leber die Vorlage betr. Unterstützung der Reederei w e s e n s verliest der Vorsitzende eine Eingabe des Reedereiverbands Lübeck, die davor warnt, ein Darlehen an eine neue Reederei zu gewähren. Die Eingabe bezweifelt einen Erfolg auf diese Art. Weniger kostspielige Mittel wären, die bestehenden Reedereien für bestimmte Linien zu verpflichten und durch staatliche Darlehen zu unterstützen. — Der Schnupferband für Hypotheken aufwertung empfiehlt in einer Eingabe staatliches Eintreten für volle Aufwertung der Hypotheken. — Zurut Haut: auf 200 Prozent! — Weiter verliest der Vorsitzende die Entschädigung, die die Wirtschaftsverbände für eine besondere Propaganda Lübeds beschlossen haben. — In die Theaterbehörde wird Herr Stollertrecht (Wirtsch.) entsandt.

Beamtenfragen.

Den Anträgen des Ältestenausschusses über Beamtenfragen wird zugestimmt. Sie lauten:

Der Ältestenausschuß empfiehlt, von den gestellten Anträgen zu Beamtenangelegenheiten folgende dem Senate entgegenzubringen: 1. Antrag von Bruns und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Reichsregierung und im Reichsrat 1. den Standpunkt zu vertreten, daß die zwölfte und sechzehnte Aenderung des Besoldungsgesetzes rechtswirksam sind. Dies deswegen, weil das Ermächtigungsgesetz mit dem 15. Februar abließ und die Reichsregierung deswegen dem Finanzministerium keine Ermächtigung zur selbständigen Aenderung des Grundgesetzes geben konnte, die sich über den 15. Februar 124 hinaus bis zum 1. November erstreckte; 2. im Reichsrat den Antrag auf Aufhebung der zwölften und sechzehnten Aenderung des Besoldungsgesetzes zu stellen. — 2. Antrag von Dr. P i e t h und Gen. in Verbindung mit dem Antrag von Freitag und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, beim Reichsrat dahin vorstellig zu werden, daß alsbald 1. beschleunigt eine Besoldungsregelung, die den sozialen Anforderungen Rechnung trägt, in die Wege geleitet werde; 2. die Neuregelung des Beamtenrechts und des Beamtenrätengesetz endlich zustande kommt. — 3. Zulageanträge von Freitag und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, 1. Maßnahmen zu treffen, daß die Gehälter der Lübecker Beamten und Angestellten an demselben Tage und in derselben Höhe ausbezahlt werden wie die der Reichsbeamten; 2. Richtlinien zur Wahl von Unterausschüssen bei allen Behörden und der Beamtenkommission des Senats im Einvernehmen mit den Beamtenorganisationen aufzustellen und deren Tätigkeitsgebiete zu regeln.

Die lübsche Gesandtschaft.

1. **Anlauf eines Grundstückes für die Lübecker Gesandtschaft in Berlin.** — H e f t i (Hausbes.) bedauert, daß diese Vorlage bei der Staatsberatung nicht vorgelegt wurde. Seine Fraktion erkenne die Notwendigkeit der Gesandtschaft an. Aber die Ausgaben beim Einzug in das neue Gesandtschaftsgebäude seien nicht bekannt. Lübed müsse 9500 Mark Grundsteuer für das Haus bezahlen. Dazu komme die ungeheure Verzinsungsumme, Mietzinssteuer, Brandasse usw., wofür 39 000 Mark aufgewendet werden müßten. Auch 20 000 Mark Reparaturkosten würden hinzukommen. Es habe heute keinen Zweck für den Staat, Hausbesitzer zu sein. Zur Miete würde man billiger. Zudem sei das Gebäude viel zu teuer. Die nach Berlin entsandene Kommission hätte eine Rentabilitätsberechnung vorlegen sollen. — K i e k e l (Komm.) kritisiert die lätere Einbringung der Vorlage. Der Senat möge erst einmal der von der Bürgerschaft beschlossenen Vorlage beitreten, die die Herstellung der Marienstrassenbrücke im Tariflohn fordere. Habe man Geld zu dergleichen Zwecken, soll man erst ein Hallenschwimmbad errichten. Seine Fraktion stelle den Antrag, 660 000 Mark zu einem Schwimmbad zu verwenden. — Senator Dr. Kalkbrenner hält eine eigene Gesandtschaft in Berlin für notwendig. Konsequenterweise sei die Erwerbung eines eigenen

Gebäudes nöthigen. Leider müsse mit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gerechnet werden, da gebe es gar nichts Besseres, als das Grundstück zu erwerben. Mit einer Senkung des ungeheuerlichen Zinsfußes sei zu rechnen. Wohl könne man ein gutverzinsliches Kapital für diesen Zweck erhalten, nicht aber für die unproduktive (!) Ausgabe einer Schwimmbad. — Der Senatsantrag wird mit einfacher Mehrheit angenommen.

Zur Belegung der Schiffahrt.

2. **Gewährung eines Darlehens an eine neue Reederei.** — Senator Dr. Kalkbrenner hätte einstimmige Zustimmung zu der Vorlage erhofft. Die Schiffahrtsverbindungen nach Dänemark und Schweden seien leidend, nach Finnland seien sie zu wünschen übrig; erst recht nach Rußland und den Randstaaten. Während der Seereise in Hamburg gegenüber der Friedenszeit 102,5 %, Bremen 155 % ausmache, habe er in Lübed nur 50 Prozent betragen. Unrentable Linien voll aufrechtzuerhalten, hätten durch andere, besser rentierende Linien den Ausfall wettgemacht. Schon der verstorbene Senator P o s s e h l habe versucht, die hiesigen kleineren Reedereien zu einem Zusammenschluß zu bewegen. Der Versuch sei fehlgeschlagen. Die beiden lübschen Hauptreedereien hätten ihre Interessen nach auswärts verlegt. Bei ihnen sei nicht das Interesse Lübeds maßgebend, sondern die Aktienmehrheit habe das kapitalistische Interesse in den Vordergrund gerückt. Dieses Interesse habe auch die Vergebung der Schiffeinheiten nach Lübed verhindert, obwohl die vier hiesigen Werften nach Aufträgen hungerten. Wir dürfen nicht mit verhängten Armen der rückläufigen Entwicklung entgegensehen, sondern müßten noch einmal Wandel zu schaffen versuchen. Seit Monaten seien die wirtschaftlichen Kreise im vollen Einvernehmen mit dem Präses der Handelskammer und dessen Stellvertreter zu dem Beschluß gekommen, eine neue Reederei zu schaffen, die im Interesse Lübeds arbeite. Bei dem neuen Unternehmen sei darauf Bedacht zu nehmen, daß sich die Aktien nicht nach auswärts veräußerten. Die interessierten Kreise erwarteten keinen Vorteil für sich, sondern für den Staat, der aber finanziell beizutragen müße. Eine Subvention für bestehende Reedereien komme nicht in Frage. Widerstand sei überall da in Interessentkreisen zu erwarten, wo sich die Wege kreuzten. Kein Mensch denke an die Gründung einer Staatsreederei, auch denke der Senat nicht an ein inkonkretes Geschäft, sondern daran, Mängel in der Lübecker Schiffahrt zu heilen. Die Angriffe gegen die Vorlage seien unberechtigt. In anderen Orten sei man weitläufiger gewesen. So z. B. in Stettin. Dort wurde durch die staatliche Hilfe nicht nur die Reederei befruchtet, sondern auch der Werftbetrieb und das Wirtschaftslieben. Lübed habe mehr als 16 Millionen für den Elbe-Trave-Kanal und 22 Millionen für die Vertiefung der Trave aufgewandt. Nun müßten sich diese Aufwendungen in der Lebensfrage Lübeds auswirken. — R o s e n a u i t (Wirtsch.) vermisst die Anstrengungen der hiesigen Reedereien Lübeds. Man sollte versuchen, die jetzt in wilder Fahrt befindlichen Lübecker Schiffe nach hier zu ziehen und nicht die Gelder nutzlos wegwerfen. Der Redner beantragt Ausschüßberatung. — D i n t e r (Hausbes.) tritt für Belegung des Hafenverkehrs ein, glaubt aber nicht, daß die Vorlage einen Schritt weiterführe. Es fehle ein Plan für die neuen Linien. Besser wäre es, die bestehenden Schiffschiffahrtslinien zu unterstützen. (Zurut Haut: Damit die Bremer Geld verdienen.) Seine Fraktion bekennt: Ich die endgültige Stellungnahme vor. — Dr. W i t t e r n (D. Volk.) vermisst ein Urteil der Handelskammer zu der Vorlage. Eine Rentabilitätsberechnung lasse sich jetzt nicht aufstellen. Man müße auch die Zusammenlegung der Gesellschaft erst kennen. Grundständig müße der Staat hier einwirken, es frage sich aber, welcher Weg der richtige sei. Ein regerer Zusammenschluß der bestehenden Reedereien sei noch nicht ausgeschlossen. Eine Abwanderung der Aktien sei nicht fahrgestellt, man dürfe nur an das Höchstwert erinnern. — K l a n n (Komm.) lehnt den Antrag ab. Die Reeder hätten schon 1920 im Reich Subventionen zum Ausbau der Handelsflotte erhalten. Sie hätten mehr Profit herausgewirtschaftet als jede andere Wirtschaftsgattung. Die Lübecker Reederei Horn habe im 1920 bei 4 Millionen Effektivkapital 57 Millionen Mark Gewinn gehabt. In demselben Verhältnis und noch darüber hätten die auswärtigen Reedereien Gewinne erzielt. Bei dieser Vorlage schäme sie die Arbeiter nichts heraus. Deutschland habe genügend Dampfer. Die deutschen Schiffe scharten heute nach Antwerpen, um niedrigere Feuerherauszufinden, stehen sich aber selbst die Hände in englischen Pfunden bezahlen. Die neue Gesellschaft werde sich dorthin wen-

Angrenzende Gebiete.

Schwarzenbek. Opfer der Autojagerei. In früher Morgenstunden ereignete sich hier am Montag ein schweres Auto-unglück. Der Kaufmann Ewald Lewi aus Hamburg fuhr mit großer Geschwindigkeit durch unseren Ort. Bei einer Straßenbiegung schleuderte der Wagen, der Führer verlor die Gewalt über die Steuerung und das Auto schlug um. Alle vier Insassen, zwei Damen und zwei Herren, stürzten heraus. Lewi geriet unter den Wagen und brach das Genick. Er war sofort tot, während die Mitfahrenden schwere Quetschungen und Knochenbrüche erlitten.

Segeberg. Automobilunfall. Zwischen Neumünster und Segeberg, in der Nähe von Gabeland, ereignete sich Sonntag ein schweres Automobilunglück. Ein an einem Straßenrennen beteiligter Wagen aus Hamburg fuhr beim Ausweichen vor einem auf der falschen Seite entgegenkommenden Handwagen in einer Kurve an der Stör gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Der Monteur Kahberg erlitt tödliche Verletzungen, der Mitfahrer der Hamburger Automobilfirma Raab & Schulz, Weiß, brach beide Arme, die zwei weiteren Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Altona. Um die Einführung der Räterepublik in Altona bemühten sich am 23. Oktober v. J. die dortigen Kommunisten und der Mitläufer. Weil die Bemühungen, wie überall in Deutschland, vergeblich waren, hatten sich vor dem Altonaer Landgericht 31 des Hochverrats angeklagte Personen zu verantworten. In Altona fand am 22. Oktober in der Nähe des Kirchhofs eine Versammlung statt, in der der Buchbinder Casper Andersen, Vorsitzender der Ortsgruppe, die Befehle Urhebers an seine Getreuen weitergab, die er vor dem jetzt flüchtig gemordeten Bezirksleiter der KPD, Ludwig, empfangen hatte. Dieser hatte ihn in Kenntnis gesetzt, daß am 23. Oktober über ganz Deutschland der Generalstreik ausbrechen würde. Um den Erfolg zu gestalten, müßten die Altonaer die Verbindung nach Hamburg absperrten, was am besten durch Sperren der Chausseen durch gefällte Bäume, Aufreißern von Eisenbahnschienen, Zerstören von Telefon- und Telegraphendrähten und Entwaffnen der Polizeibeamten geschehen könnte. In dieser Versammlung nahmen 300 Personen teil. Es wurden die verschiedenen Gruppen gebildet, die die ihnen zugewiesene Arbeit zu leisten hatten. Eine Gruppe, die die Schienen der Lübeck-Eisenbahn aufreißen sollte, kümmerte sich wenig um die Ermahnungen und Hinweise eines Bahnwärters. Sie ließen einen Zug passieren und machten sich dann an die ihnen zugewiesene Arbeit mit dem Bemerkten: „Wir haben jetzt die Regierung.“ Durch rechtzeitige Meldung des Bahnwärters wurden Maßnahmen zur Verhütung eines großen Eisenbahnunglücks getroffen. Die Gruppe der Baumfäller tat ebenfalls, was ihnen aufgetragen war, beschnitt die Landstraße mit Bäumen, um den Verkehr zu hindern. Pflichtvergessen schienen die Telefon- und Telegraphenzerstörergruppe gewesen zu sein. Von Erfolg ihrer Tätigkeit wurde nichts bemerkt. Die Entwaffnungsgruppe war leistungsfähig. Sie fand Angehörige der Bismarck-Jugend, des Orts- und Stützpunktes und den Nachtwächter und entwaffnete, so weit es etwas zu entwaffnen gab, alle mit Zuführlinien des Gummistückels. Bei dem Altonaer Kaufmann Schacht schlugen sie die beiden Eingangstüren mit einer Art ein und drangen in die Wohnung und forderten von Schacht die Abgabe von Waffen. Auch in dieser Prozedur wiederholte sich das in anderen Verhandlungen Beobachtete. Es besaß einer der in der Wohnung, in der Hauptverhandlung will keiner dieser und jenes gesagt haben und man behauptet, daß der Untersuchungsrichter ihnen alles in den Mund gelegt habe. Mitgemacht haben eifrig nur, weil sie dazu gezwungen wurden; andere glauben, daß sie dadurch ihre Lage verbessern würden. Für den Besuch der Arbeitslosenversammlung seien ihnen Lebensmittel versprochen worden; später habe sich herausgestellt, daß es sich um Beratung eines Puffches handelte. — Das Gericht erkannte wegen Hochverrats auf Festungstrafen von 6 Monaten bis 2 1/2 Jahre. In einem Fall auf 30 Mark Geldstrafe und einen Freispruch. Alle Haftbefehle wurden aufgehoben.

Vermischte Nachrichten.

Die Mordfalle Haarmann. Aus Hannover wird gemeldet: In der Mordfalle Haarmann hat die Vernehmung die Mordfalle des 23jährigen Händlers Grans, der ebenfalls in Untersuchung liegt, ergeben. Grans hat dem Haarmann mehrfach Opium zugeführt, mit dem ausdrücklichen Bemerkten, die guten Verdienste dieser jungen Leute zu erwerben und hat außerdem öfters getragene Kleidungsstücke von Haarmann gekauft. Man kann ihn als den intellektuellen Mörder, als den eigentlichen Urheber dieser Fälle ansehen.

wendungen seines Plaidoyers das Gericht die Anzweiflung der Objektivität der deutschen Justiz erblickt hat. Das Urteil wurde im Zuhörerraum mit Bravorufen aufgenommen. Mich. von Lindenhecke.

Fabel. „Ich bin das Haupt!“ ruft der Mann und brüht sich, „ich bestimme! Ich regiere! Nach meinem Kopfe muß alles gehen!“ — „Ich bin der Hals“, lächelte die Frau, „ich drehe das Haupt, wie es mir gefällt.“



den Kränen zu gebrauchen seien. Der Staat habe bei einer Gebrauchsunfähigkeit keinen Schaden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Krankenkassen.

4. Zehnter Nachtrag zum Kostgeldtarif für das Allgemeine Krankenhaus. — Reischerger (Soz.) begründet, nachdem er auf die Unzulänglichkeit der Vorlage hingewiesen hatte, folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Die Bürgerkassette ersucht den Senat, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die bereits im Vorjahre versprochene Reform der sozialen Gesetzgebung baldigst in die Wege geleitet wird.

Als dringendste Forderung dieser Reform erscheint:

- a) die Zusammenlegung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung, und
- b) die Beseitigung aller Betriebs-, Innungs-, Land- und Erwerbslosenversicherungen zugunsten großer allgemeiner Ortskrankenkassen.

Die Sozialdemokratie sei stets für die Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung eingetreten. (Schlöffer [Deutschvölk.]: Wir denken nicht daran!) Die Erwerbs- und Betriebskrankenkassen hätten vielfach verlangt, für die Wochen- und Erwerbslosensicherung bildeten die Krankenkassen die milde Ruhe. In der sozialen Versicherung sei eine zentrale Regelung notwendig. Heute überließen die anderen Kassen die Kranken und Lahmen und das ganze Risiko den allgemeinen Krankenkassen.

Boll (Wirtsch.) spricht für die Vorlage. — Menges (Deutschvölk.) polemisiert gegen eine frühere Äußerung des Senators Friedrich, der Tatsachen in bezug auf die gemeinsame Verwaltung der Heilanstalten abgestritten habe. — Senator Stad erklärt, die Behauptung des Vorredners beruhe auf einem Irrtum. Was Senator Friedrich erklärt habe, sei richtig gewesen. — Nickel (Komm.) lehnt die Vorlage ab und tritt für Zentralisation der Krankenkassen ein. Die Deutschnationalen brauchten die Kassen, um Mitglieder zu treiben. Dem Antrage Reischergers stimmt der Redner zu.

Haut (Soz.) unterstreicht die Behauptung, daß agitatorische Gründe für die Haltung der verschiedenen Organisationen zu der Vorlage maßgebend seien. Die Ortskrankenkassen des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes nehme keine Frauen auf, die bekanntlich die größte Krankenziffer aufweisen. Der Zentralverband der Angestellten sei stets für zentrale Krankenkassen eingetreten und habe erst die Taktik gegen seine Ansicht geändert, als der Deutschnationale Handlungsgesellenverband dieser Art Agitation getrieben habe. Die Ortskrankenkasse könne nur die höchste Potenz erreichen, wenn ihr alle Angestellten und Arbeiter angehörten. Die Krankenkassen erforderten ebenso eine Zentralisation wie die Angestellten- und Invalidenversicherung.

Lewe (Wirtsch.) plädiert für Ausschlußberatung und verteidigt die besondere Angestelltenversicherung. Die Verwaltungskosten für die Invalidenversicherung seien ebenso hoch gewesen wie bei der Angestelltenversicherung. Ebenso verzeihen die Ortskrankenkassen weit mehr an Verwaltungskosten als die Krankenkasse der Angestellten. — Frau Grewe (Komm.) beschwert sich über die Behandlung der Verunglückten bei den Augustunruhen im Krankenhaus. — Schlösser (Deutschvölk.) behauptet, die Ortskrankenkasse werde nicht nach kaufmännischen, sondern nach Parteigrundsätzen geleitet. Die Sozialdemokratie wolle die soziale Versicherung rückwärts revidieren, weil sie es nicht gern sehe, daß es einem Teil der Arbeiter besser ergehe als dem andern. Seine Fraktion lehne den allgemeinen Brei ab. Die weiteren Ausführungen erregen lebhaften Widerspruch, den der Redner durch Bemerkungen gegen Dr. Leber zu parieren sucht. — Koss (Komm.) erklärt, die Rechte vertrete durch diesen Antrag besondere Vorteile. Die Sonderprivilegien würden hoffentlich den deutschnationalen Angestellten bald genommen.

Reischerger (Soz.) verteidigt die Ortskrankenkassen gegen die erhobenen Vorwürfe und weist die von Schlösser gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse gemachten Vorwürfe als alte Klagen zurück. Die Ortskrankenkassen könnten stolz sein auf die Leistungen für die Mitglieder und die Volksgesamtheit.

Der Antrag Reischerger auf Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuss für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege wird angenommen. Auch der Antrag Bruns und Genossen geht an den gleichen Ausschuss.

Da der Wortführer die Unaufmerksamkeit des Hauses feststellt, vertagt er die Sitzung auf kommenden Montag. Schluß 10 Uhr.

den, wo die größten Profite wüthten. Die Reedereien seien im Kapital der Schwerindustrie verankert. Das deutsche Kapital müsse auf das Vaterland, wenn ihm keine Profite winkten. In Dr. Kalkbrenners Rede habe man den Verkehr mit Sowjetrußland vernachlässigt. Die kommunistische Fraktion stellt ein Gesuchen an den Senat, er möge darauf einwirken, daß Deutschland der Forderung der russischen Regierung betr. des Ueberfalls auf das russische Konsulat in Berlin nachkomme. Im weiteren behauptet der Redner, unter schärfstem Widerpruch, die Sozialdemokratie vertrete die Interessen der Kapitalisten. — Leichtweiß (Wg.) sieht in der Vorlage eine Tat von ungeahntem Ausmaß. Eine geregelte Tourenfahrt sei für Lübeck notwendig. Die neue Reederei könne ohne weiteres neben den bestehenden konkurrieren. Wir müßten gepappnet sein für den Verkehr mit Rußland, der von Stettin und Hamburg aus bereits aufgenommen sei. Durch die Hebung des Schiffsverkehrs hätten auch die Hafenarbeiter Nutzen. Die Absicht müsse recht rasch in die Tat umgesetzt werden, sonst verlaufe sie im Wasser. — Eschenburg (Wirtsch.) begrüßt den Antrag, um die zurückgegangene Schifffahrt wieder neu zu beleben. Der Antrag sollte möglichst sofort angenommen werden.

Haut (Soz.) polemisiert, nachdem er sich mit dem Wortführer über die Geschäftsordnung auseinandergesetzt hat, gegen Klann, dessen einseitige Ansicht seinem gewachsenen Zungenband zugesprochen sei. Die Behauptung Dr. Witters über die Berücksichtigung der Hochofenwerksaktien bedinge gerade die Ausschlußberatung, damit sich derartige Dinge nicht wiederholen. Die Aktien der Reederei Horn seien heute zum größten Teil in Händen des Norddeutschen Lloyd. Lübeds Interesse erfordere, daß die Aktien in Lübed verbleiben. Dann sei auch die Frage zu prüfen, ob es zweckmäßiger sei, einer Schifffahrtsgesellschaft Subsidien zu gewähren oder eine absolute Staatsreederei zu schaffen. Die Sozialdemokratie sei bereit, für die Hebung der wirtschaftlichen Lage Lübeds das Neueste zu leisten, daran andere alles Gefaselt Klanns nichts. Die Vorlage hätte weit früher eingebracht werden müssen. Die Behauptung Klanns, daß Deutschland mit russischem Getreide überflutet werden könne, sei eine Phrase. Die russischen Kommunisten hätten schon dafür gesorgt, daß wir in den nächsten 20 Jahren von dort nichts zu erwarten hätten.

Dr. Neumark (Dem.) spricht für die Vorlage. Aber alte erfahrene Leute müßten mitarbeiten, um die Sache zu heben. Ein Erfolg würde rückwirkend auf die anderen Wirtschaftskreise. Jeder Lübeder Spekulier und Reeder habe ein Interesse an dem guten Gelingen, deshalb müßten die Leute beratend hinzugezogen werden. Beim Hochofenwert lag das Interesse des Staates nur darin, das Werk in Lübed wiederzuerstellen. Da komme es weniger auf die Verteilung der Aktien an als bei der geplanten neuen Reederei. — Dr. Wittern (Deutschvölk.) betont, es sei nicht zu vergessen, daß das Darlehen eventuell auch ausgezehrt werden könnte. Im übrigen werde die Ausschlußberatung das Nötige ergeben. — Die Ausschlußberatung wird beschlossen.

Verkehrspropaganda.

3. Mittel für Verkehrswerbung. — Karl Müller (Soz.) betont, daß die Werbung für den Hafentourismus im allgemeinen Interesse Lübeds liege und kritisiert dann die Anschaffung von Kreiskarten, die zu der Tragfähigkeit unserer Kräne in gar keinem Verhältnis stünden. So seien durch unzureichende Begutachtung der technischen Beamten Staatsgelder unnütz ausgegeben worden. Im weiteren polemisiert der Redner gegen Klanns Ausführungen über die Reederverhältnisse, die Klann aus der Vorkriegszeit her gar nicht kenne. Horns Dampfer seien früher nur zu bestimmten Jahren in Holz und Papier für Lübed in Frage gekommen. Daß Paul Müller längst aus dem deutschen Verkehrsband ausgeschlossen sei, sollte eigentlich auch Herr Klann wissen.

Senator Stad erklärt, die Greifer seien nach eingehender Prüfung der technischen Beamten des Banamtes und der Handelskammer beschafft worden. Es komme auf die Art der Last an. Eine Untersuchung sei eingeleitet. Wer die Schuld habe, werde zur Rechenschaft gezogen. — Klann (Komm.) bezweifelt, daß mit dieser oder auch einer bedeutend erhöhten Summe der Hafentourismus zu heben ist. Deutschland sei auf dem Weltmarkt das teuerste Land. Es brauche Absatzgebiete, und da komme vor allem Rußland in Frage. Auf kapitalistischem Wege sei Deutschland nicht in der Lage, seine Wirtschaft zu erhöhen. Ihm fehle auch das Absatzgebiet nach den Kolonien. Planmäßig habe man den 8-Stunden-Lag und den Lohn auch in der deutschen Schifffahrt abgebaut, um angeblich den Verkehr zu heben. Und jetzt verlange man noch Unterstützung der Reedereien. Man sollte lieber einmal die unglücklichen Verhältnisse der Seeleute auf den verschiedenen Dampfern untersuchen. — Eschenburg (Wirtsch.) spricht für die Vorlage. Er glaubt, daß die Greifer bei

Der Ministerprozess.

Fünf Minuten, nachdem der republikanische Minister Lehmann aus dem Amte geschieden war, erschien die Polizei in seiner Wohnung und verhaftete ihn. Ihre vierstündige Tätigkeit beendete sie damit, daß sie den Minister in Ketten geschlossen abführte, weil der Befund den dringenden Verdacht des schweren Diebstahls ergeben habe.

Sechs Monate lang der ehemalige Minister in Untersuchungshaft. Die nationale Presse machte ihren Lesern den Mund nach dem Prozeß wässern, in ihren Augen war er bereits ein überführter Verbrecher.

Täglich erschienen Artikel „Von gut unterrichteter Seite“ über „Aus dem Polizeiprotokoll wird uns geschrieben“, woraus zu ersehen war, daß Lehmann überführt sei, sich in hemlocker Weise an Staatseigentum vergangen zu haben. Nach den einen hatte er die Einrichtung des Ministeriums entworfen, nach anderen handelte es sich um große Schiebungen in Schreibmaschinen.

Endlich erschien die mit Spannung erwartete Staatsanwaltschaft-Anklage. Sie lautete auf Unterschlagung im Amte, begangen an einem 63 Zentimeter großen Bleistiftende, das die fündige Polizei im Futter einer auszurückten Weste des Ministers entdeckt und durch das Zeugnis des Kanzleibieners Spürbild als aus dem Amtsbestande des Ministeriums herrührend rekonstruiert hatte.

Der Tag der Verhandlung kam heran, zu dem — eine besondere und unordentliche Vergünstigung — die Ketten des Ministers weggelassen wurden. Der Zuhörerraum war überfüllt mit Angehörigen des ehemaligen Hofstaates, die den Anblick des gefesselten Sünders in vollen Zügen genossen.

Als erster Zeuge wurde Ministerialdirektor Bodensteller vernommen, der für den Angeklagten schwerbelastende Aussagen machte. Ihm sei schon immer der große Verdacht an Bleistiften im Staatsministerium aufgefallen. So seien im Staatsjahr 1923 über 125 Bleistifte verbraucht worden gegen nur 3471 im Staatsjahr 1919. Außerdem habe es ihn gewundert, daß der Minister einmal ein ganz gar vermerkbare Bleistiftende von ca. 3 Zentimeter Länge fortgeworfen habe, anstatt es auf einen Bleistiftverlängerer zu piegen. Hier lege man deutlich die Fährte der republikanischen Missethäter.

Der zweite Zeuge, der Kanzlist Spürbild, gibt an, von der Bleistiftverlängerung nichts zu wissen. Dagegen habe er beobachtet, daß

der Minister öfter Damenbesuche in seinem Dienstzimmer empfangen habe. Den Protest der Verteidigung, daß dies nicht zur Sache gehöre, lehnt der Vorsitzende ab und ermahnt den Zeugen, recht wahrheitsgemäß fortzufahren. Der Zeuge kann sich schließlich nur noch an einen Besuch erinnern. Es habe sich um eine pensionierte Studentin gehandelt, die wegen angeblich zu geringer Pension beim Minister vorstellig geworden sei. Trotz eifriger Beobachtung durch das Spürbild hat der Zeuge zu seinem Bedauern Abstrich nicht wehrgenommen. Die pensionierte Studentin habe jedoch einmal ausgerufen: „So vergewaltigt der Staat seine pflichtgetreuen Beamten!“

Als dritter Zeuge wird die Abköchenerfrau Marie Kaffegrund vereidigt. Die Zeugin meldet eine auffällige Beobachtung. Am Tage vor seiner Amtsenthebung habe sich der Minister vier Minuten länger eingeschlossen, als er es sonst zu tun pflege. Nach seinem Weggang habe sie auf dem Grund des Schachtes etwas Weißes liegen sehen, was ihr wie ein ausgerissenes Altkleid vorgekommen sei. Sie habe daraus geschlossen, daß der Minister das Appartement zum Zwecke der Vernichtung von Geheimnissen aufgeschloß habe. Außerdem habe noch ein bräunlicher Gegenstand in der Sentralgelegenheit, der die Zeugin an die ihr gekaufte Form eines Embryos erinnert habe.

Nach einem umfangreichen Plaidoyer verkündet das Gericht folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird unter Freisprechung von der Anklage der Amtsenthebung im übrigen wegen Notzucht und Missethätigkeit zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren Zuchthaus und lebenslangem Ehrverlust verurteilt.

In der Begründung führt das Gericht aus, daß hinsichtlich des Bleistiftes das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit bei der Fortnahme auf Seiten des Angeklagten nicht genügend erwiesen sei. Dagegen hat das Gericht aus der Aussage des Zeugen Spürbild ermonnen, daß der Angeklagte die pensionierte Studentin in seinem Amtszimmer vergewaltigt habe, denn anders ließe sich ihr Ausruf: „So vergewaltigt der Staat seine pflichtgetreuen Beamten!“ nicht erklären. Was den von der Zeugin Kaffegrund behaupteten Abstrich anbelangt, halte das Gericht nicht für erwiesen, daß dieser zum Zweck der Aktenvernichtung erfolgt sei. Dagegen ergebe der Befund zweifellos, daß der Zeuge auf dem Abort einen unerlaubten Eingriff bei sich vorgenommen habe, wozu wahrscheinlich das vorher verzeigte Notzuchtverbrechen die Ursache gewesen sei. Deshalb wird erkannt, wie verkündet. Außerdem wird der Verteidiger des Angeklagten in eine Ordnungstrafe von 100 Mark genommen, weil in einigen Rede-

wendungen seines Plaidoyers das Gericht die Anzweiflung der Objektivität der deutschen Justiz erblickt hat.

Rechnungslück. Nach Blättermeldungen aus Gelsenkirchen ereignete sich am Sonnabend auf der Zeche Bonifatius eine schwere Explosion, durch die zwei Bergarbeiter sofort getötet und fünf weitere schwer verletzt wurden. Zwei der Schwerverletzten sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen, so daß das Unglück vier Todesopfer gefordert hat.

Automobilunglück. 4 Personen getötet. Am Sonntagabend überfiel sich bei Waiblingen ein Stuttgarter Automobil. Die sieben Insassen, vier Herren und drei Damen, wurden herausgeschleudert. Ein Herr war sofort tot, die drei anderen wurden schwer verletzt und starben im Laufe der Nacht. Die Damen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Ein Leipziger Justizskandal. Ein völkischer Wüstling erhält Bewährungsfrist. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Weich rohe und stillosch verwehrte Menschen sind in rechtsgerichteten Kreisen beifolgend, zeigte die nichtöffentliche Verhandlung vor dem Schöffengericht. Wegen verurteilter Notzucht, Verbrechen nach § 176, begangen an einer 17-jährigen Arbeiterin, hatte sich der Fabrikant und Kaufmann W. Zweibarth, Universitätsstraße 22, zu verantworten. Der Anklage liegt folgende Ermittlung zugrunde: Eine jugendliche Arbeiterin, die in Leipzig beschäftigt ist, fährt jeden Abend nach Großschönau. Eines Abends konnte sie den Zug nicht mehr erreichen und ging in die Stadt zurück, um mit dem nächsten Zug nach Hause zu fahren. An der Ecke Windmühlenstraße wurde sie von einem älteren Mann angehalten, der angeblich, daß er auch mit nach Großschönau fahren wolle. Nur mühte er sich seine Identität aus dem Bureau Universitätsstraße holen. Er redete dem jungen Mädchen zu, mit ihm einige Stunden in die Stadt zu gehen. Da das Mädchen nichts Schlechtes ahnte, ließ es sich verleiten. Durch allerlei Vorproben lockte der Fabrikant das Mädchen mit in sein Privatkontor an der Universitätsstraße. Dort angekommen, ließ er die junge unerfahrene Arbeiterin in Klubhosen setzen, reichte ihr Getränke, um sie somit für sein verwerfliches Treiben willfährig zu machen. Sie weigerte sich jedoch, ihren Mantel auszugeben. In dem Klubhosen verführte der Wüstling, das Mädchen zu vergewaltigen. Nur mit Anstrengung ihrer letzten Kräfte wehrte sie den Anhold ab. Um Hilfe zu rufen, war das Mädchen zu schwach geworden. Von sinnloser Wut gepackt über die Abwehr dieses Mädchens, griff der Fabrikant nach der Hundepeitsche, um sein Opfer mit Schlägen gefügig zu machen. Auch veruchte er, mit Gewalt den Mädchen Mantel und Kleid vom Körper zu reißen. Als es keinen Ausweg mehr fand, sprang es in der Verzweiflung durchs Fenster und blieb schwerverletzt im Hofschacht liegen. Durch den Abprung hatte das Mädchen ein Bein gebrochen und hatte sich auch andere Verletzungen zugezogen. Der Wüstling hatte das junge unbescholtene Arbeitermädchen zum Krüppel gemacht. Von der alten Mutter gestützt, wurde es im Gerichtssaal dem Mordling gegenübergestellt. Zur Entlastung gab er an, er wäre betrunken gewesen (!!). Auch hätte er das Mädchen nur ausziehen wollen. Als er gesehen hätte, daß das Mädchen aus dem Arbeiterstande wäre, habe er alles unterlassen. Das Gericht nahm mildernde Umstände an, da der Angeklagte in Trunkenheit gehandelt habe und verurteilte Zweibarth zu der niedrigst zulässigen Strafe von 6 Monaten Gefängnis und gewährte diesem Schädling noch eine Bewährungsfrist von 3 Jahren. Als Buße werden 500 Mark angesetzt. Dieses milde Urteil löste im Gerichtssaal berechtigter Empörung aus, am meisten aber bei den Eltern des Kindes. Von Natur schon schwächlich und zurückgeblieben, konnte das Mädchen nur leichte Arbeiten verrichten, und trotz ihres geringen Verdienstes unterstützte es die Eltern. Nunmehr ist es Krüppel. Derjenige, der es so zugerichtet hat, braucht nicht ins Gefängnis zu gehen. Ihm werden mildernde Umstände bewilligt, er erhält die niedrigste Strafe und obendrein Bewährungsfrist. Wird der Staatsanwalt Berufung einlegen, damit der Angeklagte die Strafe erhält, die er verdient? Tut er das nicht, wird das Urteil nicht aufgehoben, dann sind die Töchter der Arbeiter in Leipzig den reichen Wüstlingen schuldig preisgegeben.

Gemeinde Trottel. Entsprechend den lichtscheuen Wünschen der „Deutschen Nationalen“ haben deren „völkische“ Blätter auch „Dunkle Ecken“ eingerichtet. In diesen suchen diese auch so „moralisch-keuschen“ Leute ihren Dreck abzuladen, damit er von der „Gemeinde“ beliebig zum Schanden berührt werden kann. Selbstverständlich darf es an „Stoß“ gegen die Republikaner nicht fehlen. Vor allem kommt der Reichspräsident nicht zu kurz. Die neueste Leistung ist die Wiederholung vom früheren Gastwirt. Es heißt da unter anderem über Bremen:

„Nach Erfundigungen an zuständiger Stelle kann ich mitteilen, daß die Schankhütte des Herrn Reichspräsidenten folgenden Firmenschild führte: „Restaurant, Bierhalle, Billard, Fritz Ebert. Sie lag am Neuen Markt, Ecke Brautstraße. Das Haus gehörte der „Kaiserbrauerei“. Die „Kaiserbrauerei“ (Direktor der heutige Demokrat Senator Schürig) soll dem Herrn Reichspräsidenten etwa 1889 das Lokal gegeben haben, da er gute Kundenschaft von seiner Partei mitbrachte. Das Lokal des Herrn Reichspräsidenten war vom Januar 1896 an für das Militär verboten worden. Auf Grund der obigen Feststellungen dürfte das Gerücht, daß die Bierhalle des Fritz Ebert „Kaiser-

Keller“ oder so ähnlich geheissen habe, wahrscheinlich an ihre Verwechslung mit der Inhaberschaft der „Kaiserbrauerei“ zurückzuführen sein.“

Nur in Deutschland wird der Versuch unternommen, jemand dadurch herabzusetzen, daß ihm sein früherer Beruf vorgehalten wird. In der ganzen Welt gilt es sonst als ein Beweis für die besonderen Qualitäten, wenn jemand von unten aufsteigt. In unserm Vaterlande aber soll mit dem Hinweis auf den früheren Beruf jemand verächtlich gemacht werden. Daß damit in diesem Falle obendrein die Gastwirts-Verhältnisse verhöhnt werden, bei denen nicht so mancher Zeilenhändler in der Kreide steht — ficht die „deutschen“ Brüder nicht an. Zwar schwächen sie immer über das ehrbare Handwerk, aber sie möchten gern wieder die Herrschaft, der Engländer-Trattel!

Schwere Gewitter über Dänemark. Dänemark wurde am Sonntag von heftigen Gewittern heimgesucht, die besonders stark über Jütland zum Ausbruch kamen. Eine große Zahl von Menschen wurde vom Blitz getroffen und zum Teil lebensgefährlich verletzt; mehrere wurden getötet. In viele Geschäfte schlug der Blitz ein, und nicht wenige davon brannten nieder.

Elf Menschen ertrunken. Auf Göteborg wird gemeldet: Ein mit sechs jungen Leuten besetztes Motorboot kenterte; alle Insassen fanden den Tod. Das Boot war über seine Tragfähigkeit hinaus beladen. — Ein anderes, ebenfalls mit sechs jungen Burschen besetztes Fischerboot sank; von den Insassen konnte nur einer gerettet werden; die anderen fanden den Tod in den Wellen.

Fliegerunglück bei Prag. Der Pilot Georg Soucek unternahm in Gelskowitz bei Prag Passagierflüge. Beim vierten Aufstieg stieß er mit der Tragfläche in das Pappel. Der Benzinhälter explodierte und das Flugzeug stürzte in die Elbe. Vier Passagiere, drei Herren und eine Dame, wurden völlig verköhlt aus dem Wasser gezogen, während der Pilot sehr schwer verwundet geborgen wurde.

Geschäftliches.

Die richtige Behandlung der teuren Schuhe ist heute mehr denn je eine Notwendigkeit. Beim täglichen Gebrauch muß das Schuhwerk der Reibung, der Kälte und der Durchbiegung kräftigen Widerstand leisten. Dies ist aber nur möglich, wenn das Leder mittels eines erstklassigen Schuhputzes bearbeitet wird. Ein guter Schuhputz soll das Leder geschmeidig, weich und wasserfest machen und dadurch die Lebensdauer der Schuhe erhöhen. Ein solcher ist unbedingt der aus besten Wachsen und reinsten Terpentinöl hergestellte Schuhputz Buda, daher kommt auch der im Volksmunde so bekannte Satz: „Buda ist der beste Schuhputz, weil reinste Terpentinölware.“ Verwenden auch Sie deshalb nur diesen.



Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Ein neuer Laden!

In Nummer 161 des Lübecker Volksboten vom 12. d. M. wird eine Zuschrift über die neugegründete Lübecker Beamtenbank veröffentlicht.

Es wird in diesem Artikel anfangs mit schönen Worten der Genossenschaftsgebäude proklamiert. Wenn man die Firma und die Leute, die dahinter stehen, unberücksichtigt läßt, so kann man sich die Zeilen über eine Genossenschaft zu eigen machen. Jedoch mir fehlt der Glaube, daß die Kreise vom Lübecker Beamtenbund soviel Genossenschaftsgeist aufbringen werden und können, als es erforderlich wäre. Den ersten Sieb haben sie durch diese Neugründung ja schon dem Genossenschaftsgedanken verkehrt. Statt sich mit sämtlichen Gewerkschaften in bestehenden Arbeiter-Bankvereinen zusammenzufinden, um es wahr machen zu können, was sie schreiben, machen diese „Arbeiter-Gewerkschaftler“ wieder einen neuen Laden auf. Dieses ist wieder ein guter Schritt auf dem Wege zur Isolierung der Beamtenbank. Die Beamten sollen somit unter sich bleiben und wieder zu der guten Kategorie herangezogen werden, wie es im schönen alten Obrigkeitsstaat war. Statt mit dem Volke zu fühlen, denken und handeln, schließen sich diese Kreise immer und mehr auf einer einflamen Insel zusammen. Es ist wirklich an der Zeit, daß man solchen Arbeiter-Bankvereinen die Maske vom Gesicht reißt, damit alle Deutschnation von diesem Leben und Treiben hinter den Kulissen Kenntnis nehmen kann.

Die Lübecker „Arbeiter-Bank“ kann auch von allen Nicht-beamten und Gewerbetreibenden benutzt werden. Also der beste Beweis für die vorstehenden Ausführungen. Zunächst ist es die Bank der Beamten und der Beherrschten und dann schließlich die Bank für alle. Nichts geht über das Kaudeverwecheln im Lübecker Beamtenbund. Zu verstehen sind meines Erachtens nicht die freihändig denkenden Beamten im L.B.B., indem sie mit ihrem ehrenbaren Namen noch immer solches Schwindluder treiben lassen.

Beamte, wir warnen Euch auch hier wieder, trotzdem uns vielleicht auch wieder, wie bei der Befolgungsaktion, in dem Käseblatt des L.B.B. die Agitationsbegier vorgeworfen wird.

Beamte, erkennt die Zeit!

Seid wach! Haltet Einkehr!

Ernst Frost.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Das Hochdruckgebiet, das gestern Frankreich und Deutschland bedeckte, hat sich weiter verdrängt und ist in einem Ausläufer, der über 770 Millimeter Barometerstand aufweist, nach Westdeutschland vorgebrochen. Das Gewitterfeld, das gestern über dem Elbe- und Wesergebiet lagerte, ist nach dem südtlichen und mittleren Schweden abgezogen. Da zunächst hoher Luftdruck unsere Wetterlage beherrschen dürfte, so ist mit günstiger Witterung zu rechnen.

Vorhersage für den 15. und 16. Juli:

Zunächst heiter und trocken. Bei zunehmender Erwärmung wachsende Gewitterneigung.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 14. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die anbauende Festigkeit der ausländischen Börsen hat auch jetzt die deutschen Märkte erfasst, so daß von einer ansehnlichen Steigerung auf der ganzen Linie zu berichten ist. Durch die beabsichtigte Einschränkung der bedingten Ausfuhrerlaubnis wird das Inland veranlaßt, zurückzuhalten. Preise in Rentenmark vor 1000 Kilo (4,20 Rentenmark = 1 Dollar). Weizen 156 bis 166, Roggen 144 bis 152, Hafer 146 bis 152, Sommergerste 164 bis 174 Mt., alles ab inländischer Station einschl. Vorpommern. Ausland. Gerste 197—200, Mais 154 bis 156 Mt., frei Kaimaggon. Oelkuchen bei fester Tendenz zogen Preise weiter an.

Futtermittel. Hamburg, 14. Juli. Mais, loco, 7,50 Mt.; Reisfuttermehl (24%) 625; Rapskuchen 5,45; Palmkuchen 6,50; Leinfuchsen 9,75; Kofoskuchen 8,70; inländ. Weizenkleie 5.—; Gerste, loco, 9,80 Markt. Tendenz: sehr fest bei wenig Material.

Einhandelsnotierungen des Hamburger Fouragehandels. Hamburg, 14. Juni. Hafer 10.—, Mischfutter 9,25, Pflanzl. 4.—, Weizenheu, abbl. 6.—, Preßstroh 3,50. (Alles per Zentner in Rentenmark.)

Den und Stroh. Hamburg, 14. Juli. Im Großhandel stellt sich der Preis für Weizenheu, loco, Ernte 1924, auf 2,80 Mt. da, gepreßt auf 3,50 Mt.; Getreidestroh, gebündelt auf 1,60 Mt. da, gepreßt 1,70 Mt. Alle Preise beziehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek, egl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Amillicher Teil

Aufgebot

Die unverschleihte Anna Luise Kühl in Kiel, Lorenzendam 10 hat das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung des Hypothekenbriefes über die im Grundbuche von Lübeck, St. Jürgen, Blatt 1033 in Abteilung III Nr. 8 zu Laften des Grundstücks Humboldtstraße 12 für die Antragstellerin eingetragene Hypothek von Mt. 15.000.—. (5489)

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem Termine

am 18. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Lübeck, den 23. Juni 1924.

Das Amtsgericht, Abteilung VII.

Durch Ausschlußurteil vom 3. Juli 1924 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Lübeck, St. Jürgen, Blatt 10, in Abt. III unter Nr. 8 für die Firma Louis Wolff, Kommanditgesellschaft in Lübeck eingetragene Hypothek von Mt. 1.500.— für kraftlos erklärt.

Lübeck, den 14. Juli 1924.

Das Amtsgericht, Abteilung 7.

Nichtamillicher Teil

Jung. Mädchen sucht zum 15. Juli Stellung wo keine Kinder. Zu erst. Lünenhagen 26, S. 3. (5452)

Neues Chaisel. z. verk. (5465) Reiferstr. 26 a.

Gr. Kinder, Beddigr. z. verk., Nr. 20 Mt. (5440) Kensefeld, Lindenstr. 41, I.

Neues Damen-Kab. äußerst billig. (5461) Hundestr. 76, I, v.

Für erhaltene Glückwünsche u. Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich (5447) Paul Stampke u. Frau.

Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Lübeck.

Die Beerdigung unserer Kollegin

Marie Dechau

findet am Mittwoch 3½ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt. (5462)

Der Vorstand.

Sage allen, die unserem lieben Sohn, Bruder u. Schwager

Willi Stave

die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, vom dem Sozialrentner-Bund und dem sozialdemokratischen Verein, Ortsgruppe Schwartau-Kensefeld, insbesondere Herrn Pastor Michaelis unseren herzlichsten Dank.

Joh. Kuschnereit u. Frau Gr. Parin.

Junge Schäferhündin zu verkaufen. (5460) Glockengießerstr. 47, I.

Für die herliche Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und guten Waters danken herzlich (5464) M. Raabe, geb. Wulff und Sohn Heinz.

1 Schlafzimmer u. 1 Küche, wenig geb., 2 neue Federbetten, alles sehr billig, evtl. Zeitsahlung. (5445) Helms, Devenau 8.

Babykorb m. Unterstell und Gatter für Himmel, sowie ein Klappsporthwagen zu verkaufen. Bornum, Bogenstr. 10. (5449)

Zugänger und Milchschaf. zu verk. (5441) Torneimweg 28, I.

1 Satz Fertig zu verkaufen (5467) Schwartauer Allee 127 a.

Forterrier

wach, Kattenbeißer, zu kaufen gesucht. (5458) Schubgasse, Breite Str. 42

Wolfshund zugekauft. Beg. Grst. d. Unt. abjuh. (5451) Grönsf. Allee 119, II.

Wäsche, feine, wird sauber gewaschen u. geplättet. Glandorpstr. 12. (5448)

5442)

Montagabend a. d. Rotefreudland Brandenbaum br. Schirm hängen geb. Der ehrl. Finder m. geb. dens. Werberstr. 26 abzul. (5470)

Das prachvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. OHNE CHLOR.

Berl. eine Brieftasche m. Inhalt a. d. Brimall. (5471) Wb. Engelsgrube 49.

Zum Tode verurteilt sind in ½ Stunde unter Garantie Flöhe, Brut bei Mensch u. Tier mit „Riesolda“, ges. gesch. Mittel. 100 000mal bewährt. Verkauf: Aegidienstraße 4. (5444)

AUSVERKAUF

dauert in allen Abteilungen fort und erregt infolge unserer
rücksichtslosen Preisherabsetzung

für Qualitätswaren, berechtigtes Aufsehen!

Fünftes Angebot:

Scheiben-Gardinen halbt. Qual. Meter	jetzt nur	40 Pf	48 Pf	Weiden-Sessel mit Wulstlehne	jetzt nur	5 ⁹⁰	8 ³⁵
Gardinen zirka 80 cm breit, guter englisch. Tüll Meter	jetzt nur	95 Pf	1 ¹⁰	Peddigrohr-Sessel mit Wulstlehne	jetzt nur	14 ⁵⁰	18 ⁵⁰
Vorhang-Körper zirka 85 cm breit, weiß u. creme Mtr.	jetzt nur	1 ⁴⁵	1 ⁸⁵	Blumen-Säulen Eiche, dunkel gebelzt	jetzt nur	17 ⁰⁰	21 ⁰⁰
Etamine-Halbstores m. Einsatz und Volant	jetzt nur	3 ⁹⁵	5 ⁷⁵	Rauch-Tische mit Messingplatte	jetzt nur	23 ⁰⁰	39 ⁰⁰
Künstler-Garnituren dreiteilig, haltbarer englischer Tüll	jetzt nur	5 ⁷⁵	7 ⁵⁰	Tee-Tische Eiche gebelzt, mit geschliff. Scheiben	jetzt nur	42 ⁰⁰	78 ⁰⁰
Madras-Garnituren 3teil., licht- u. waschecht	jetzt nur	9 ⁸⁵	10 ⁷⁵	Bett-Vorleger imitiert Perser	jetzt nur	1 ⁶⁵	1 ⁹⁵
Möbel-Cretonne u. Satin moderne Muster	jetzt nur	1 ⁴⁵	1 ⁷⁵	Läufer-Stoffe zirka 65 cm breit	jetzt nur	1 ⁶⁵	1 ⁷⁵
Möbel-Stoffe ca. 130 cm breit, mod. Blattmuster	jetzt nur	4 ⁹⁰	6 ⁵⁰	Linoleum-Läufer ca. 67 und 90 cm breit	jetzt nur	2 ⁸⁵	3 ⁷⁰
Möbel-Rips ca. 130 cm breit, einfarbig und gestreift	jetzt nur	2 ⁸⁵	5 ⁵⁰	Brücken 90 x 180 cm, Persermuster	jetzt nur	9 ⁸⁵	11 ⁰⁰
Kochellein.-Decken reich bestickt	jetzt nur	6 ⁹⁵	8 ²⁵	Binsen-u. Bastmatten 150 x 200 cm	jetzt nur	27 ⁵⁰	45 ⁰⁰
Gobelin-Tischdecken mod. Muster	jetzt nur	9 ⁹⁰	12 ⁷⁵	Teppiche Persermuster, 165 x 240 cm	jetzt nur	35 ⁰⁰	53 ⁰⁰
Diwan-Decken Fantasie und Persermuster	jetzt nur	13 ⁵⁰	15 ⁷⁵	Haargarn-Teppiche moderne kleine Muster, 165 x 240 cm	jetzt nur	38 ⁰⁰	58 ⁰⁰
Stepp-Decken mit Halbwoollfüllung	jetzt nur	18 ⁵⁰	21 ⁰⁰	Woll-Tapestry-Teppiche Persermuster, 200 x 300	jetzt nur	79 ⁰⁰	
Kissen-Garnituren Sitz und Lehne	jetzt nur	4 ⁴⁵	4 ⁹⁵	Velour-Teppiche Fantasie- und Persermuster, 165 x 240	jetzt nur	69 ⁰⁰	98 ⁰⁰
Korb-Garnituren 1 Tisch, 1 Bank und 2 Sessel...	jetzt nur	85 ⁰⁰	93 ⁰⁰	Kokos-Teppiche 200 x 300	jetzt nur	44 ⁰⁰	

HOLSTENHAUS

G.M.B.H.

LÜBECK

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
 von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark
 Buchhandlung des „Lübener Volksboten“
 Johannisstraße 46.

Auf vielseitigen Wunsch meiner werten
 Kundschaft habe ich mich entschlossen
einen großen
Posten
 Herren-, Damen- und Jugend-
Fahrräder
 ohne jeglichen Preiszuschlag auf
Teilzahlung
 abzugeben.
 Bei Anzahlung der halben Kaufsumme
 wird das Rad **sofort** ausgehändigt.
Fahrrad-Haus
Ernst Wehrendt
 56 Engelswisch 56

Ämtlicher Teil
Berufung der Bürgerschaft
 am Montag, dem 21. Juli 1924, abds. 6 Uhr.
 Der Vorsitzende: G. Ehlers.

Morgen Mittwoch: **Koloffmann** Kassenöffnung 5 1/2 Uhr.
Großes Orchester!
 (5442) **Großes Ball-Orchester!**
 Damen Eintritt frei.

50. Todestag
Fritz Reuters
 Ausgewählte Werke
 3 Bände Ganzleinen
 13.50 Mk.
 Buchhandlung des
 „Lüb. Volksboten“
 Johannisstr. 46.

H. Schütz
 Buchhandlung
 Johannisstr. 20
 323 v. 4. — Mk. 585 v.
 8. — Mk. an. (5411)
 Alle Waren a. Teilzahl.
 Garantie-Wecker 4 Mk.

Das Kind und der Sozialismus
 Eine Betrachtung
 von **Max Winter**
 Broschiert Mk. 1.75, geb. Mk. 2.50
Die Frau und der Sozialismus
 Von **August Bebel**
 Gebunden Mk. 4.50
 Buchhandlung des „Lübener Volksboten“
 Johannisstraße 46.

Deutscher Verkehrsband Ortsverwaltung Lübeck.
Berufung
 der Gastarbeiter
 heute Dienstag, den 15.
 Juli, abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Bericht der Lohnkommission. (5455)
 Die Ortsverwaltung.

Café Bernhardt
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert.
 (5335) u. abds.: Konzert.

Stadthallen-Garten
 Täglich von 4—11 Uhr
Schenck-Konzerte
 Bei ungünstiger Witterung in den
 Restaurationsräumen. 5446

Luisenlust
 Jeden Freitag: 5286
Großes Tanzkränzchen

Lüb. Mandolinen-Klub v. 1911
 Sonnabend, den 19. Juli
Großer Sommernachtsball
 in der „Walkmühle“
 Anfang 8 Uhr
 Geschlossene Gesellschaft
 Bitte sich betr. Einführungskarten an
 Herrn Freese, Zigarrengeschäft, Holstenstr.
 zu wenden. (5468)

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (5450)